

Wöchentlich 25 Pf., monatlich 2,00 M.  
im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.  
einschl. Postgebühr, Auslandsbekannt-  
machung 2.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Samstags und Montags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Wort  
und Bild“ und „Kinderfreund“, Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Technik“, „Bild in die  
Welterhellung“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag  
16. August 1928  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einwöchige Konparatabelle  
80 Pfennig, Restumsätze 2.— Reichs-  
markt, „Reine Wagnisse“ des ein-  
drucksvollen Wortes, jedes weitere Wort  
12 Pfennig, Streifenplakat das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte, Weltmarkt  
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für  
Wohnungen Seite 40 Pfennig, Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäft, Linden-  
straße 3, wochentl. von 9<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

## Der Auslieferungskonflikt beigelegt

### Befriedigende Einigung.

Paris, 15. August. (WIZ.)

Die Besprechungen des deutschen Volschaftes mit dem fran-  
zösischen Außenminister zur endgültigen Beilegung des Zweibrücker  
Zwischenfalls, haben zu einer für beide Teile befriedigenden  
Beilegung geführt. Auf Grund dieser Einigung wird die ur-  
sprünglich ausgesprochene Forderung auf Auslieferung der Be-  
schuldigten keine Rolle mehr spielen.

Zur Einigung im Zweibrücker Zwischenfall wird noch er-  
gänzend mitgeteilt, daß diese Einigung auch die Entlassung des  
Polizeikommissars Bauer aus dem Gefängnis enthält.

### Das Bauverbot für Rüsselsheim.

Rüsselsheim am Main, 15. August.

Die Opel-Werke teilen mit: „Nach Mitteilung der Reichsbahn-  
direktion Mainz hat die Befehlsgewalt den Antrag der Reichs-  
bahn, den Bau des Bahnhofs Opel betreffend, nach lang-  
wierigen Verhandlungen abgelehnt und der Reichsbahn jegliche  
Arbeit an den Gleisanlagen verboten. Durch dieses Vorgehen  
der Befehlsgewalt haben sich die Opel-Werke außerstande,  
ihr Produktionsprogramm durchzuführen, da mangels ausreichender  
Gleisanlagen der stetig steigende Material-  
umschlag nicht mehr bewältigt werden kann. Wie bekannt, haben  
die Opel-Werke den Neubau der bei Rüsselsheim über den Main  
geführten Opel-Brücke mit Finanzierung, deren Einweihung in nächster  
Woche vor sich gehen soll und deren Bau durch die veränderte Sach-  
lage ebenfalls illusorisch sein würde.“

Die „Frankfurter Zeitung“ führt u. a. aus: „Es fällt sehr  
schwer, dabei einen recht unfreundlichen Verdacht zu unterdrücken.  
Die französische Automobilindustrie hat in den letzten Jahren  
große Anstrengungen gemacht, den deutschen Markt zu erobern und  
dabei, um nicht den Zoll für fertige Automobile zahlen zu  
müssen, auch eigene Fabrikationsstätten in Deutsch-  
land errichtet. Eine der größten von ihnen liegt nicht fern von  
hier, die Citroen-Werke in Köln. Zwischen ihnen und den  
Opel-Werken besteht hinsichtlich der Art und Preislage der erzeugten  
Wagen und also auch der Käuferschicht, an die sie sich wenden, eine  
sehr unmittelbare Konkurrenz. Auch mit anderen französischen  
Automobilfabriken scheinen solche Konkurrenzverhältnisse nicht aus-  
geschlossen. Es erstreckt sich dies überdies nicht auf Deutschland  
allein, da die deutsche Automobilindustrie, darunter auch Opel, gerade  
in günstiger Weise hoffnungsvolle Ansätze zu einer Ausbreitung  
ihres Exportabfahes aufzuweisen hat.“

Es liegt also außerordentlich nahe, anzunehmen, daß es den  
Interessenten außerordentlich willkommen und angenehm war,  
den eigentlichen deutschen Konkurrenten auf diese Weise in seiner  
Entwicklung zu hemmen.

Sollte dies in der Tat der wahre Grund des Verbots des Gleis-  
baues sein, so wäre kein Wort zu scharf, um eine derartige Aus-  
nützung einer politischen Machtposition zur Förderung  
privatwirtschaftlicher Zwecke zu kennzeichnen. Schlimmer  
könnte man es schon nicht mehr treiben.“

## Panzerschiff und Partei.

### Eine Entgegnung.

Von Franz Künstler.

Im gestrigen „Vorwärts“ wird der Versuch unter-  
nommen, die Haltung der Reichsregierung und insbesondere  
die der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzer-  
schiffes A zu rechtfertigen.

Bei aller Anerkennung der sehr schwierigen Lage, in der  
sich besonders die sozialdemokratischen Minister in der Reichs-  
regierung befinden, ist zu sagen, daß der Rechtfertigungs-  
versuch nicht gelungen ist. Der Reichsratsbeschluss vom  
31. März 1928 und seine falsche Auslegung sollen jetzt der  
Hauptgrund dafür sein, daß die Minister für den Bau des  
Panzerschiffes gestimmt haben. Diese Argumentation ist  
weder geschickt, noch trifft sie das, auf was es ankommt. Diese  
Beweisführung ist scheinbar nur unternommen worden, um  
eine Entlastungsaktion für die sozialdemokratischen Minister  
einzuleiten. Bei allem Fleiß ist der Versuch einer Entlastung  
fehlgeschlagen.

Wenn jetzt zum Ausdruck gebracht wird, daß der Be-  
schluss des Reichsrats vor und während der Wahl eine  
falsche Auslegung erfahren habe, so wird damit der sozial-  
demokratischen Fraktionsführung kein gutes Zeugnis aus-  
gestellt. Wenn man weiter zugibt, daß man bisher allgemein  
des Glaubens war, daß der Reichsratsbeschluss vom 31. März  
die endgültige Entscheidung in die Hände des neuen Kabinetts  
und des neuen Reichstages gelegt habe, so muß man an-  
nehmen, daß eine Verständigung zwischen der Leitung der  
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den sozialdemo-  
kratischen Mitgliedern im Preußenkabinett nicht erfolgt ist.  
Es waren die Vertreter Preußens, die seinerzeit im Reichsrat  
Stellung nahmen gegen den Neubau des Panzerkreuzers.  
Diese Tatsache allein läßt die Schlussfolgerung zu, daß das  
Zusammenarbeiten unserer Genossen große Mängel aufweist;  
sonst wäre es nicht zu verstehen, daß man jetzt dem Beschluss  
des Reichsrates eine andere Auslegung gibt, als es noch vor  
ganz wenigen Wochen von führenden Männern der Partei  
geschehen ist. Unwillkürlich wird in den Kreisen unserer  
Parteimitgliederschaft die Frage aufgeworfen, wie es möglich  
war, daß ein Beschluss des Reichsrats, an dem auch Sozial-  
demokraten mitgewirkt haben, in seinem endgültigen Wortlaut  
der Partei- und Fraktionsleitung unbekannt blieb. Bei recht-  
zeitiger Kenntnis der Reichsratsbeschlüsse hätte der jetzt zu-  
tage tretende Widerspruch nicht das Licht der Welt erblicken  
können. Der jetzt herangezogene Reichsratsbeschluss und seine  
Auslegung macht die ganze Angelegenheit nur noch komplizierter  
und undurchsichtiger.

Erst vor wenigen Tagen hat der Parteivorstand an die  
Bezirksleitungen Referentenmaterial zur Regierungsbildung  
verschickt. Dieses Referentenmaterial, das nach erfolgter  
Regierungsbildung zusammengestellt worden ist, nimmt auf  
Seite 6 auch Stellung zu den Klassenforderungen der Deutschen  
Volkspartei. Unter Punkt 4 verlangt die Volkspartei den  
unbedingten Bau des Panzerschiffes A. Zu dieser Forderung  
der Volkspartei wird in dem Material für die Referenten  
erklärt:

Der Bau des Panzerschiffes A ist nicht gerechtfertigt, noch  
dazu in einer Zeit, in der für die dringendsten sozialen Aufgaben  
die Mittel fehlen.

Fast zur selben Zeit, da die sozialdemokratischen Mit-  
glieder im Reichskabinett für den Bau des Panzerschiffes  
gestimmt haben, wird den Referenten und Vertrauensleuten  
der Partei das Referentenmaterial des Parteivorstandes aus-  
gehändigt, in dem gegen den Panzerkreuzer Stellung ge-  
nommen wird! Die Partei ist durch die Zustimmung der  
sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers  
in eine Situation gedrängt worden, die viel ernster zu be-  
werten ist, als jene, die durch die Zustimmung der Preussischen  
Landtagsfraktion zum Fürstenabfindungsgesetz hervorgerufen  
wurde. In der Reichstagsfraktion hat bei den Ver-  
handlungen über die Regierungsbildung der Bau des Panzer-  
kreuzers den Hauptgegenstand der Debatte gebildet. Fast ohne  
Ausnahme waren die Mitglieder der neuen Reichstagsfraktion  
der Auffassung, daß der Bau des Panzerschiffes von unseren  
Genossen in der Regierung verhindert werden müsse. Dieser  
Standpunkt wurde sehr eindringlich und energisch auch von  
Genossen vertreten, die sonst in militärischen Fragen mit mir  
nicht immer gleicher Auffassung waren. Der Stimmung in  
der Reichstagsfraktion mühten die Genossen in der Reichs-  
regierung Rechnung tragen, sie hatten nicht das Recht, die  
Partei und Fraktion vor eine vollendete Tatsache zu stellen.  
Der Beschluss der Reichsregierung wird für unsere Fraktion  
noch manche unliebsame Auseinandersetzung bringen. Bleibt  
es bei dem Beschluss der Reichsregierung, so wird sich daraus  
die Tatsache ergeben, daß unsere Fraktion vor die Frage ge-  
stellt wird, in Konsequenz der Zustimmung unserer Genossen  
zum Bau des Panzerkreuzers auch ihrerseits die weiteren er-  
forderlichen Raten zu bewilligen. Bei der Einstellung der  
Mehrheit der Fraktion ist damit nicht zu rechnen, und die

## Partei und Panzerschiff.

### Gemeinsamer Beschluss des Partei- und Fraktionsvorstands. Sonabend Reichstagsfraktion und Parteiausschuss.

Der Parteivorstand und der Vorstand der sozialdemokra-  
tischen Reichstagsfraktion haben gestern nachmittag in ge-  
heimer Sitzung folgenden Beschluss gefasst:

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der sozial-  
demokratischen Reichstagsfraktion bedauern lebhaft, daß die  
sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben,  
in der Kabinettsführung durch Abstimmung klar zum Ausdruck  
zu bringen, daß sie — in Übereinstimmung mit der gesamten  
Partei — entschiedene Gegner des Baues des Panzerkreuzers A  
sind, sich vielmehr auf formalrechtliche Argumente gestützt haben.

Es wurde weiter beschlossen, die Reichstagsfraktion und  
den Parteiausschuss zu Sonnabend nach Berlin einzuberufen.  
In der Sitzung am Sonnabend sollen neben der Panzerschiff-  
angelegenheit auch die schwebenden Fragen der Krisen-  
fürsorge besprochen werden.

## Hoffnung auf den Kelloggspakt.

### Eine Rede Coolidges.

Wausau (Wisconsin), 15. August.

Auf der Jahrestagung der Amerikanischen Legion (chouvinoischer  
Kriegsteilnehmerverband Red. d. „B.“) des Staates Wisconsin  
erklärte Präsident Coolidge in einer Ansprache, der Kellogg-  
friedepakt bringe eine größere Hoffnung auf Herstellung  
friedlicher Beziehungen in sich, als der Welt jemals geboten  
worden sei. Obwohl es zuviel wäre, anzunehmen, daß Kriege  
gänzlich verboten werden könnten, so sei doch eine neue wich-  
tige Schranke vernunftgemäß und ehrenvoll errichtet  
worden, um Kriege zu verhindern. Der Pakt schlage eine Um-  
wälzung der Politik unter den Nationen vor. Falls die Ver-  
tragsmächte den Vertrag auch durchführten, würden sich die Ver-  
tragsbestimmungen als eine der größten Segnungen er-  
weisen, die je der Menschheit zuteil geworden sei. Der Vertrag  
sei ein positiver Abschluss des ersten Jahrzehnts des Friedens. Es  
sei zu hoffen, daß andere Nationen sich dieser Bewegung an-  
schließen. Es bestehe aller Grund für die Annahme, daß, wenn  
ein solcher Vertrag im Jahre 1914 bestanden hätte, er den Frieden  
gerettet und die Welt vor dem Elend des Weltkrieges be-  
wahrt haben würde.

## Monroe-Doktrin und Völkerbund.

### Costarica demonstriert gegen Ostel Sam.

Genf, 15. August. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsrat hatte am 9. März die drei aus dem Völker-  
bund ausscheidenden Staaten Spanien, Brasilien und Costa-

rica gebeten, ihre Haltung zum Völkerbund noch einmal zu über-  
legen. Spanien hat daraufhin seine Kündigung zurückgezogen,  
während Brasilien sie aufrechterhält. Rummehr veröffentlicht das  
Völkerbundssekretariat die vom 18. Juli datierte Antwort  
Costaricas. Auch dieser an und für sich unbedeutende mittel-  
amerikanische Staat wirft die Monroe-Doktrin auf. Erst in  
der Märztagung der Sicherheitskommission hatte Argentinien betont,  
daß die Monroe-Doktrin ohne Befragung der südamerikanischen  
Staaten zustande gekommen und infolgedessen nicht als ein vertrag-  
liches völkerrechtliches Verhältnis zu betrachten sei. Costarica geht  
weiter, indem es in seiner Antwort vom Völkerbund eine klare  
Auslegung der Monroe-Doktrin verlangt. Von dieser will  
es seine Stellung zum Völkerbund abhängig machen. Die bemerkens-  
werte Stelle der Rede lautet wie folgt:

Der Artikel 21 des Völkerbundsstatutes hat der Monroe-Doktrin  
eine internationale juristische Tragweite gegeben, die seitdem für alle  
Unterzeichner des Vertrages von Versailles als ein verfassungsmäßiges  
Gesetz des amerikanischen Völkerrechts betrachtet wird. Diese Situation  
würde für die Unabhängigkeit der kleinen Nationen keine Bedrohung  
bedeuten und könnte sogar als eine Sicherung für sie betrachtet werden,  
wenn man eine offizielle und autorisierte Erklärung eines interna-  
tionalen Organismus von der Bedeutung des Völkerbundes  
über die wirkliche Tragweite und genaue Auslegung der er-  
wähnten Doktrin besäße.

Costarica macht ferner darauf aufmerksam, daß schon eine  
andere mittelamerikanische Republik diese Interpretation verlange,  
bisher aber nur eine einseitige Auslegung der Vereinigten  
Staaten, und zwar durch eine Rede des Präsidenten Wilson vom  
Jahre 1916, erhalten habe. Ausdrücklich stellt sich Costarica auf den  
Standpunkt Argentinien, daß die Monroe-Doktrin eine ein-  
seitige Erklärung und keinen völkerrechtlichen Vertrag darstelle.  
Diese für Washington sicher unangenehme Anrufung des Völker-  
bundes in Sachen der Monroe-Doktrin dürfte wohl nicht zuletzt  
daher rühren, daß Costarica Nachbar von Nicaragua und  
Panama ist.

## Gegen die Wiederwahl Calles'.

### Wiederkehr der „Antirevolutionären Partei“.

Mexiko-Stadt, 15. August. (Eigenbericht.)

Die im November vorigen Jahres anlässlich des niedergeschla-  
genen Militäraufstandes zersprengte „Antirevolutionäre  
Partei“ hat die Reorganisation ihres Parteiapparates und die  
Wiederaufnahme der Parteiarbeiten angekündigt. Sie betont  
in einem Manifest, daß sie für die Wiederherstellung der ursprüng-  
lichen, die Wiederwahl eines früheren Präsidenten ver-  
bietenden Verfassungsklausel eintreten wird. Diese Klausel  
wurde seinerzeit zugunsten Obregons abgeändert. Die „Antirevo-  
lutionäre Partei“ beabsichtigt, im Parlament einen entsprechenden  
Antrag einzubringen. Die von ihr geplante Aktion richtet sich gegen  
die beabsichtigte Wiederwahl von Calles und kompliziert damit die  
politische Lage des Landes.

Fraktion wird den sozialdemokratischen Ministern die Gefolgschaft verweigern müssen.

Wenn der Bau des Panzerkreuzers weiterhin damit gerechtfertigt wird, daß dank der erhöhten Steuereingänge die finanziellen Schwierigkeiten behoben sind, so muß diese Begründung bei den Arbeitern den lebhaftesten Unwillen und Protest auslösen.

Als die Sozialdemokratie vor wenigen Wochen einen energischen Kampf um die Senkung der Lohnsteuer führte, wurden die Forderungen unserer Fraktion von allen Seiten bekämpft mit der Begründung, daß das Reich die Einnahmen aus der Lohnsteuer nicht missen kann, wenn nicht der ganze Etat ins Wanken geraten soll. Wie ein Hohn kuckte die amtliche Erklärung vom letzten Sonnabend auf die Arbeiter wirken, als davon die Rede war, daß dank der erhöhten Steuereingänge nunmehr der Bau des Panzerkreuzers in Angriff genommen werden kann.

Die vielen Millionen, die für das Panzerschiff verausgabt werden, sind nutzlos verloren. Noch vor wenigen Monaten haben selbst maßgebende Offiziere im Reichswehrministerium den Bau von Panzerschiffen, wie sie uns von der Entente vorgezeichnet sind, für unnützlich gehalten. Diese Herren, ausgehend von ihrem militärischen Fachstandpunkt, haben die 10 000-Tonnen-Panzerfahrzeuge mit einer ungenügenden Armierung für einen modernen Seekrieg für völlig untauglich angesehen. Wir ist bekannt, daß auf die Frage eines Engländer, warum die Deutschen viele, viele Millionen auswerfen für den Bau von Kriegsschiffen mit geringem Gefechtswert, die Antwort gegeben wurde, wir tun das, um die Kriegsschiffbaukunst nicht ganz zu verlieren.

Die deutschen Steuerzahler legen viel mehr Wert darauf, daß in Deutschland die Wohnungsbaukunst nicht verloren wird. Auch die Reichsregierung sollte recht bald dahin kommen, diese Erkenntnis zur Richtschnur ihres Handelns zu nehmen. Die Bartel erwartet, daß ihre Abgeordneten recht bald zu einer Sitzung geladen werden, damit die Situation geklärt wird und die Sozialdemokratie vor weiterem Schaden bewahrt bleibt.

### Entschließungen von Parteiorganisationen.

Eine Reihe von Parteiorganisationen hat Beschlüsse gegen den Kabinettsbeschluss über das Panzerschiff gefasst, darunter auch der Bezirksvorstand des Bezirks Velpka, der eine Entschließung angenommen hat, in der es heißt, daß der Vorstand der Auffassung ist, die Zustimmung zu Flottenrüstungen lasse sich nicht mit den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen vereinbaren, wie sie auf der internationalen Tagung in Brüssel zu gleicher Zeit gefasst worden ist. Die zur Rechtfertigung des Beschlusses angeführten Beweismittel könne der Bezirksvorstand nicht anerkennen. Die Verantwortung für die Koalitionspolitik, die solche Entschlüsse zeitige, könne die Partei nicht tragen. Der Bezirksvorstand fordere den Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der Regierung und verlange die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitag, um grundsätzlich zur Beteiligung von Sozialdemokraten an der Regierung Stellung zu nehmen.

### Lambach legt Berufung ein.

#### Der Ausschlußantrag gegen Hugenberg weitergeleitet.

Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Lambach hat sich dem Urteil des Landesverbandes Potsdam II auf Ausschluß aus der deutschnationalen Partei nicht gefügt, sondern hat nunmehr nach der Ablauf der Berufungsfrist Berufung an das Parteigericht eingeleitet.

Gleichzeitig hat der Ortsgruppenvorstand Dymold der deutschnationalen Volkspartei einen Antrag auf Ausschluß des Reichstagsabgeordneten Hugenberg, der von den deutschnationalen Angestellten in Hugenbergs Wahlkreis gestellt worden war, an den Vorstand des Landesverbandes Lippe weitergegeben. Es ist bezeichnend, daß die deutschnationalen Angestellten erst darum kämpfen mußten, daß ein Ausschlußantrag gegen Hugenberg auf dem parteienkundlichen Wege weitergeleitet wurde.

Die deutschnationalen Parteipresse hätte zunächst versucht, diesen Antrag lächerlich zu machen oder sein Vorhandensein hinwegzujagen. Es ist den deutschnationalen Angestellten von den deutschnationalen Parteinstanzen sehr deutlich beigebracht worden, daß sie Parteimitglieder zweiter Klasse sind. Der Ausschlußantrag gegen den Angestelltenführer Lambach war eine Selbstverständlichkeit. Er ist prompt erledigt worden, aber ein Ausschlußantrag gegen Hugenberg — lächerlich, gibts ja gar nicht! Man darf gespannt sein, welches Schicksal diesem Antrag beschieden sein wird.

### Folgen der Landbundeshege.

#### Die Ausschreitungen bei der Krieger Landbundeshege. Anlageerhebung gegen 31 Personen.

Wie dem Amtlichen Preussischen Pressedienst aus dem Preussischen Justizministerium mitgeteilt wird, ist die wegen der Ausschreitungen bei der Kundgebung des Landbundes in Apxty am 12. März 1928 geführte umfangreiche gerichtliche Voruntersuchung abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft hat nunmehr gegen den Geschäftsführer des Landbundes Osterprießnitz und dreißig Mitangeschuldigte Anklage wegen schweren und einfachen Landfriedensbruchs, Aufruhrs und Beleidigung erhoben. Wegen weiterer Einzelangschreitungen, sowie wegen Aufforderung zum Steuerstreik ist eine größere Anzahl weiterer Strafverfahren eingeleitet.

### Preußens Hilfe für Arbeitslose.

Aus einer Uebersicht der Preussischen Regierung über die von ihr ergriffenen Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit ergibt sich, daß in der Zeit von April bis Juli 1928 rund 54 000 Arbeitslose mit Notstandsarbeiten beschäftigt wurden. Von den so beschäftigten Arbeitslosen wurden insgesamt 2,933 Millionen Tagewerke geleistet, und zwar rund 450 000 Tagewerke in Meliorationen, 1,215 Millionen bei Straßenbauten, 147 000 bei Anlageneinrichtungen, 226 000 bei der Anlage von Sport- und Spielplätzen, 862 000 bei sonstigen Tiefbauten und 39 000 bei Baustoffherstellung, Vorbereitung von Siedlungsgelände usw.

Tagung des Reichstädtetages. Am 6. und 7. September findet in Heidelberg die diesjährige Hauptversammlung des Reichstädtetages statt. Zur Erörterung stehen „Verfassungs- und Verwaltungserläuterung in Reich, Ländern und Gemeinden“ sowie „Steuervereinfachung“, „Finanzreform“ und „Umgemeinderungsfragen“. Referenten sind u. a. Reichsminister A. D. Dr. Kull, Finanzminister Dr. Hüpper-Schott, Reichstagsabgeordneter Dr. Brüning, Landtagsabgeordneter Professor Dr. Hoffmann, Oberbürgermeister Renner und Präsident Dr. Haefel.

# Landtagsauflösung in Thüringen?

## Vorzeitige Einberufung des Landtages.

Weimar, 15. August.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag auf vorzeitige Einberufung des thüringischen Landtags wird seine Verwirklichung finden, da jetzt die verfassungsmäßig erforderlichen 19 Unterschriften vorliegen. Zu den 18 Stimmen der SPD. kam die Stimme des Vertreters der Volksrechtspartei hinzu. Der Landtag wird am 23. dieses Monats normiertags 10 Uhr zusammentreten, um über den Antrag auf seine Auflösung und über das Minderheitenstimmentum abzustimmen.

Die Demokraten wollen in einer außerordentlichen Parteiverammlung in Weimar zu diesen beiden Anträgen Stellung nehmen.

Am Dienstagabend fand eine Sitzung der bürgerlichen Parteien statt, in der der Wunsch geäußert wurde, den Einberufungstermin auf den 1. September zu verschieben. Man ging von der Erwägung aus, daß dann der Termin für eine Neuwahl des Landtags ebenfalls hinausgeschoben werden könnte.

um die Landtagswahlen aus Sparfamkeitssüchten zugleich mit den im Spätherbst stattfindenden Kreis- und Gemeinderatswahlen vornehmen zu lassen.

Die Opposition aber wünscht erst Erledigung der Landtagswahlen, und so ist das Ersuchen der bürgerlichen Parteien vom Präsidenten abgelehnt worden. Die vorzeitige Einberufung ist veranlaßt durch den Fall Frieders.

### Amnestierung von Frieders abgelehnt.

Weimar, 15. August.

Nach einer der Gattin des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders heute zugegangenen Mitteilung hat die Justizstrafkammer des Landgerichts Weimar am 6. August 1928 beschlossen, daß auf Frieders das Gesetz über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 keine Anwendung findet. Damit ist die Amnestierung von Frieders abgelehnt. In der Begründung heißt es, daß die notwendigen Voraussetzungen, die Begehung der Tat aus politischen Beweggründen, bei Frieders nicht gegeben seien.

# Pilsudskis Verfassungsänderung.

## Von Ministerpräsident Bartel angekündigt.

Warschau, 15. August.

Der in Marienbad zur Kur weilende polnische Ministerpräsident Dr. Bartel gewährte einem Vertreter des Regierungsblattes „Epoka“ ein Interview, in dem er ausführte, daß eine Änderung der polnischen Verfassung erfolgen müsse; daran arbeite sich der Regierungsbund. Im Herbst werde man sehen, welche Änderungen an der Verfassung erfolgen.

### Ex-Sozialist Moraczewski.

Warschau, 15. August.

Die Beschlagnahme mehrerer sozialistischer Broschüren und Zeitschriften veranlaßt den „Robotnik“, das Organ der sozialdemokratischen Partei, zu einem scharfen Angriff gegen die Pilsudski-Regierung, vor allem gegen den Arbeitsminister Moraczewski, der lange der sozialistischen Partei angehört hat, dann aber aus ihr ausgetreten ist, weil die Partei ihm das Verbleiben in der Regierung verbot. Da nun Moraczewski bis vor kurzem den abwesenden Ministerpräsidenten Bartel vertrat, so macht der „Robotnik“ ihn für die Beschlagnahmen verantwortlich. Bisher stand Moraczewski mit führenden Persönlichkeiten der Partei trotz seines Austritts noch in enger Fühlung. Wenn nun das Parteiorgan

angreift, so legt das den Schluß nahe, daß sie die letzten Fäden zwischen ihm und der Partei zerrissen sind.

Diese Beschlagnahme betraf eine Broschüre, die der Bund der jüdischen Arbeiter herausgegeben hat. Der Zensor hat in diesem Buch besonders den Teil der „Internationale“ beanstandet mit der Begründung, daß sie ein kommunistisches Machwerk sei. Im Laufe der letzten Tage sind nochmals sozialistische Zeitungen und Broschüren beschlagnahmt worden.

### Wild-Of.

Der Deutsche Volksbund, die völkerverbündlich anerkannte Rechtsvertretung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien, hat dem Völkerverbund wieder eine ganze Anzahl wohl begründeter Beschwerden über Verletzung der Minderheitsrechte, besonders auf dem Schulgebiet eingereicht. So werden am 1. September wieder einige deutsche Schulen geschlossen.

In Radzionkau ist gegen das Haus eines bekannten Deutschen eine Bombe gemorfen worden; sie richtete größeren Sachschaden an.

Gerechtere Weise sei auch eine anständige Handlung Polens verzeichnet: Aus den polnischen Eisenbahnwagen entfernt werden mußte auf Anordnung des Ministers ein Werbeplakat für ein Buch über deutsche Spionage gegen Polen.

### Roheit gegen Arbeiter.

#### Was im „heiligen Köln“ möglich ist.

Aus Köln wird uns geschrieben: Die Kölner Stadterhaltung steht trotz des Sieges der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl noch immer unter stärkstem Einfluß des Zentrums, das sich viel auf seinen christlichen Charakter zugute tut. Aber christlich wird in der Stadterhaltung von Köln leider noch immer nicht in allen Fällen gehandelt. Einem Wohlfahrtsempfänger in Köln-Deutz, der mit einer fünfköpfigen Familie ein Zimmer bewohnt, starb kurz nach der Geburt ein Kind. Sein Antrag auf Pflege eines Kindes wurde von der Arbeitsmehrfachstelle abgewiesen mit der Begründung, daß er das tote Kind in eine Kiste legen, diese zunageln und dann zum Friedhof bringen soll. Das sei bei Arbeitern so üblich! Einer Helferin der Arbeitermehrfachstelle, an die sich der unglückliche Vater schließlich wandte, wurde von dem Bezirksbeamten bestätigt, daß es gang und gäbe sei, Arbeiterkinder, die nicht lange leben, einfach in Kisten zu beerdigen. Im übrigen habe er nur noch Anweisung gehandelt. In anderen Kölner Arbeitsstellen werde ebenso gehandelt.

Im heiligen Köln scheinen demnach wenige heilige Zustände zu herrschen.

### Reichsmietertag.

#### Ein Programm des Mieterschutzes.

Der am Mittwoch in Wilhelmshaven beanstandete Reichsmietertag (Reichsbund deutscher Mieter) stellte ein Programm auf, das u. a. die Ablehnung jeder nicht unbedingt notwendigen Mieterhöhung, volle Verwendung der Hauszinssteuer für die Zwecke des Wohnungsneubaus, Senkung der gesetzlichen Miete auf 100 Proz. der Friedensmiete, Beringerung der Neubaumiete auf die Höhe der gesetzlichen Miete, Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnungsrechts, ungeschmälerter Aufrechterhaltung des Mieterschutzes bis zum Inkrafttreten des sozialen Miet- und Wohnrechts, und die Verlegung eines zeitgemäßen Mietvertrages zum Ausdruck bringt. Außerdem wird eine Revision des Bodenrechts, der Grundstücksbesteuerung, der Besteuerung des Renten- und des Wertzuwachses und des Hypothekenrechts sowie die Ausdehnung des Systems der Latenbefreiung bei den Wohnungsgeräten bis in die höchste Instanz und Bestellung von Mietervertretern für den Reichswirtschaftsrat gefordert.

Der Bundesvorsitzend Dzien? und der Bundeshochmeister Großhaus wurden einstimmig wiedergewählt.

### Die Reichseinnahmen im Juli.

#### Hoher Stand durch Quartalszahlungen.

Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben im Juli 1928 betragen 1082 Millionen Mark; hiernach entfallen auf die Besitz- und Verkehrssteuern 787 Millionen Mark und auf die Zölle und Verbrauchsabgaben 295 Millionen Mark.

Das Mehraufkommen gegenüber den Bormonaten des laufenden Rechnungsjahres erklärt sich bei den Besitz- und Verkehrssteuern (April 685, Mai 419, Juni 345 Millionen) aus den bei den Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer im Juli entrichteten

ten vierteljährlichen Vorauszahlungen und den Abichlußzahlungen für das Jahr 1927. Bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben haben die im Juli stattfindenden Abrechnungen für Bormonaten, die in der Zeit vom 1. Januar bis Ende Juni aus offenen Zöllen in den freien Verkehr übergeführt worden sind, die erhöhten Eingänge herbeigeführt. Das Aufkommen der übrigen Steuern und Abgaben entspricht, abgesehen von den üblichen Schwankungen, im allgemeinen denjenigen der Bormonate.

Von den im Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1928 insgesamt auf 8862 Millionen Mark veranschlagten Einnahmen sind in den vier Monaten April bis Juli, also im ersten Drittel des Rechnungsjahres, 3170 Millionen Mark aufgefunden. Das sind 216 Millionen Mark mehr als ein Drittel des Jahresbills. Da aber in den vier Monaten April bis Juli zwei Monate enthalten sind, in denen Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer und ein Monat, in dem Zahlungen auf die Lagerabrechnungen bei den Zöllen zu leisten sind, hebt das Reichsfinanzministerium hervor, daß aus dem Aufkommen der ersten vier Monate des Rechnungsjahres keine Schüsse auf den Umfang einer etwaigen Ueberschreitung des Gesamtbilanzjahres gezogen werden können.

### Dem Henker entronnen.

#### Worum der britische Minister die Hinrichtung verhindert hat.

London, 15. August. (Eigenbericht.)

Die in letzter Stunde geschehene Umwandlung der Todesstrafe gegen die drei wegen Raubmord Verurteilten von Brigon begründet Innen- und Justizminister William Johnson Hicks in einer öffentlichen Erklärung. Darin sagt er, daß sein Entschluß nicht auf neue Umstände zurückzuführen sei, die etwa in letzter Stunde bekannt geworden waren. Es bestehe über die Schuld der Verurteilten ein „Moment des Zweifels“, welches die Vollstreckung der unwiderruflichen Todesstrafe unerwünscht mache.

Dieser Gnadenakt im letzten Augenblick ist auf die wachsende Gegnerschaft gegen die Todesstrafe zurückzuführen.

### Auch Frankreich umwirbt China.

#### Nach Amerika und England zur Vertragrevision bereit.

Peking, 15. August.

Der französische Generalkonsul in Shanghai wird in übernächtlicher Zeit mit der Kanting-Regierung wegen Regelung der Kanting-Zwischenfälle Fühlung nehmen. Auch die Frage der Revision der Verträge werde hierbei zur Sprache kommen. In diesen Punkten habe sich die französische Auffassung nicht geändert. Frankreich sei bereit, sobald die Umstände es gestatten, mit den verantwortlichen chinesischen Behörden Verhandlungen zu führen. Alles hänge von der persönlichen Haltung des nationalistischen Kabinetts ab.

Die estnische Presse beschäftigt sich sehr viel mit der vom Unterrichtsministerium geplanten Einführung des Englischen in den Schulen, wobei der Unterricht in der deutschen Sprache mehr und mehr zurückgedrängt werden soll. Anfangs sind der Plan bei vielen Blättern Ablehnung. In den letzten Tagen aber erscheinen zahlreiche Artikel, welche die Kenntnis der deutschen Sprache als für die Esten überflüssig bezeichnen und möglichst weitgehenden Unterricht in Englisch befürworten.

# Gegen die Kolonialflaverei.

Beschluß des Brüsseler Kongresses zur Kolonialfrage.

Der Brüsseler Kongreß der S.W. hat folgende Resolution einstimmig angenommen:

## I. Einleitung.

Die Kolonialpolitik war eines der Mittel der Expansion des Kapitalismus über die ganze Erde.

Sie hat die Naturkräfte der rückständigen Gebiete erschlossen, die moderne Produktion und die modernen Verkehrsmittel in ihnen entwickelt und so die Rohstoffbasis der Weltwirtschaft ungeheuer erweitert und die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung außerordentlich gefördert. Aber diese gewaltige Entwicklung der Produktionskräfte, dieser gewaltige Fortschritt der Zivilisation ist erkauft worden damit, daß in den meisten Fällen die einheimischen Völker brutaler Fremdherrschaft und schamloser Ausbeutung und Plünderung durch fremdes Kapital preisgegeben, in diesen Fällen ihres Bodens beraubt und unter die Peitsche fremder Herren zur Zwangsarbeit angehalten worden sind. Die Profite, die aus der Ausbeutung der Naturkräfte der Kolonien und der Arbeit der Eingeborenen gewonnen werden, fließen meistens ins Mutterland ab, wodurch die Entwicklung der Naturkräfte und der Ausbau der modernen Produktion im Lande selbst verhindert wird.

Andererseits aber hat die Entwicklung der modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Kolonien in den Kolonialländern eine moderne soziale und kulturelle Entwicklung ausgelöst und sie dadurch modernen, demokratischen, nationalen und sozialen Ideen zugänglich gemacht.

In diesem Entwicklungsprozeß haben die verschiedenen Kolonialländer verschiedene Entwicklungsstufen erreicht. Alte Kolonialländer haben unter der Fremdherrschaft ihre technische und wirtschaftliche Mündigkeit bereits in hohem Maße überwunden. In Schöpfung dieser Länder haben sich bedeutende nationale Bewegungen entwickelt, die die völlige Befreiung von der Fremdherrschaft und die Entwicklung eines selbständigen nationalen Lebens erstreben. In diesen Gebieten kann jetzt schon die Fremdherrschaft beseitigt werden, ohne daß dieselben deshalb aus der kapitalistischen Entwicklungsphase in eine ältere, primitivere zurückfallen müßten, ohne daß die modernen Produktions- und Transportmethoden in ihnen zerstört würden und ohne daß sie aus dem internationalen Warenverkehr ausgeschieden.

Zu dem entgegengesetzten Pol stehen Kolonialländer, die vor der fremden Eroberung auf sehr primitiver Entwicklungsstufe standen und die auch unter der Fremdherrschaft noch nicht wesentlich überholt haben. In diesen Gebieten beruhen die modernen Produktions- und Transportmethoden noch ausschließlich auf der Fremdherrschaft. Deshalb würde die sofortige Befreiung dieser Herrschaft nur noch nicht den Fortschritt zu einer nationalen Kultur, sondern nur den Rückfall in primitive Barbarei, noch nicht die Entwicklung einer nationalen Demokratie, sondern die Unterwerfung der Völker unter die Herrschaft entweder einer Völkerherrschaft von weißen Völkern oder einheimischen Despoten, oder die Eröffnung einer neuen Ära kapitalistischer Beutezüge und kolonialer Kriege bedeuten.

Zwischen diesen beiden Polen stehen die verschiedenen Kolonialländer auf verschiedenen Stufen der Entwicklung.

Der Sozialismus lehnt die politische Beherrschung der Kolonialländer grundsätzlich ab. Er betrachtet die Befreiung der kolonialen Völker als eine Voraussetzung einer internationalen Völkergemeinschaft.

Er unterstützt daher die Befreiungsbestrebungen derjenigen Kolonialländer, die bereits die Voraussetzungen einer selbständigen modernen Kultur erreicht haben und fordert für sie die vollständige Befreiung von der Fremdherrschaft, oder, wenn sie es wünschen, völlige rechtliche, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichstellung mit dem Mutterland.

Er fordert für die anderen Kolonialländer, die diese Entwicklungsstufe noch nicht erreicht haben, vollständigen Schutz gegen die Unterdrückung und Ausbeutung, planmäßige Erziehung dieser Völker zur Selbstständigkeit und Hand in Hand damit fortwährende Erweiterung ihrer Selbstverwaltung bis zur schließlich vollständigen Selbstbestimmung.

Reben der nationalen Befreiung, die in erster Linie das Erheben der eigenen Kräfte der Kolonialländer sein muß, ist es notwendig, die Entfaltung und Entwicklung einer sozialistischen Arbeiterbewegung in diesen Ländern zu fördern. Bei der Bestimmung der Form dieser Bewegung ist es notwendig, den Institutionen und der Mentalität der Eingeborenen Rechnung zu tragen und ihren Kampf für ihre nationale Befreiung zu verknüpfen mit ihrem Kampfe gegen die fremden und einheimischen Ausbeuter, aber auch die Arbeitermassen der Kolonialländer dazu zu erziehen, unbeschadet ihres Kampfes für ihre nationale Befreiung, die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder zu erkennen und alle nationalen Sonderinteressen den gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse der Welt unterzuordnen.

## II. Unterstützung der unterdrückten Völker in ihrem Kampfe um Unabhängigkeit und in ihren Forderungen nach Freiheit und Recht.

Die S.W. unterstützt die Befreiungskämpfe der unterworfenen Völker, gleichgültig ob ihre Unterwerfung in der Form der kolonialen Herrschaft erfolgt ist, oder ob sie unter Wahrung des Scheines ihrer völkerrechtlichen Selbstständigkeit durch ein System militärischer Interventionen, wirtschaftlicher Durchdringung und ungleicher Verträge in tatsächliche Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten gebracht sind.

Die S.W. fordert volle Unabhängigkeit und internationale Gleichberechtigung für China und Befreiung der das chinesische Volk bedrückenden ungleichen Verträge.

Die S.W. anerkennt das Recht der indischen Völker auf volle Selbstbestimmung und unterstützt ihre auf deren Erreichung gerichteten Bestrebungen. Sie begrüßt die Entwicklung der indischen Gewerkschaftsbewegung und fordert die Arbeiter und Bauern Indiens auf, ihre eigene Partei zu gründen, um nach Erreichung der politischen Freiheit auch die wirtschaftliche zu erlangen. Sie unterstützt die Forderung nach völliger Unabhängigkeit Ägyptens.

Die S.W. fordert, daß Syrien und dem Irak unverzüglich volle Unabhängigkeit zugestanden werde und daß sie als Mitglieder in den Völkerverbund aufgenommen werden. Sie verlangt das Selbstbestimmungsrecht für die Philippinen, Korea und Annam. Sie bekämpft die Politik der ökonomischen Unterwerfung und militärischen Intervention der Vereinigten Staaten in den Republiken Haiti, San Domingo und Kuba.

## III. Kolonien mit entwickelter Kultur.

Die S.W. fordert, daß den Kolonien mit kulturell fortgeschrittener Bevölkerung, das ist den Kolonien mit europäisierter oder mit orientalisierter Kultur, wie insbesondere den britischen Kronkolonien (mit Ausschluß der afrikanischen und der Kolonialgebiete in der Südsee), den französischen, italienischen und spanischen Kolonien in Nordafrika, dem Niederländisch-Indien, Madagaskar usw. jenes Maß an Selbstverwaltung oder solche Formen der Verwaltung unverzüglich gewährt werden, das die eingeborene Bevölkerung dieser Gebiete selbst verlangt.

Die sozialistischen Parteien der diese Kolonien besitzenden oder als Mandate verwaltenden Länder verpflichten sich, mit all ihren Kräften für jede Maßnahme einzutreten, die das Selbstbestimmungsrecht der eingeborenen Völker in den Kolonialländern herbeiführt, sichern und erweitern kann.

Dazu gehört an erster Stelle die Freiheit der Eingeborenen, sich zum Zwecke der Eroberung und der richtigen Ausübung dieser Selbstverwaltung zu organisieren, wobei die Formen dieser Organisation sich den Institutionen der Eingeborenen anpassen und ihrer Mentalität Rechnung tragen können.

# Münchener Polizeipräsidium.



„Diesen falschen Paß geben wir Ihnen in Anbetracht Ihrer nationalen Zuverlässigkeit. Sollten Sie aber etwas darüber verraten, so wird Ihr Zeugnis als das eines geisteskranken Schwunders wertlos sein!“

Zu den Maßnahmen zur Entwicklung der Selbstverwaltung gehören:

- a) Eine von der ganzen Bevölkerung gewählte Volksvertretung, ohne deren Zustimmung der Bevölkerung keine Lasten auferlegt und keine Natur- und Bodenschätze an kapitalistische Unternehmer ausgeliefert werden dürfen. Gewählte Vertreter sollen der Regierung für Verwaltungszwecke beigegeben werden.
- b) Die Gemeinde- und Bezirksverwaltungen sind so zu gestalten, daß sie den Eingeborenen überlassen werden, wobei die Rechtssicherheit der nichtingeborenen Minderheiten gewährleistet werden soll.
- c) Den Fremden werden keine gesetzlichen Vorrechte gewährt.
- d) Alle Stellen in der politischen und in der Rechtsverwaltung, auch die höchsten, müssen den Eingeborenen zugänglich sein.

## IV. Kolonien mit unentwickelter Kultur.

In den weniger zivilisierten Teilen der Welt, insbesondere im tropischen und subtropischen Afrika und im Stillen Ozean, haben die europäischen Regierungen als Mittel ihrer Politik der Ausbeutung der dortigen Wirtschaftskräfte im Interesse verschiedener kapitalistischer Gruppen vielfach folgende Maßnahmen angewandt:

- a) Sie haben den Staat zum Eigentümer eines großen Teiles von Grund und Boden dieser Länder erklärt, wobei vielfach die dort wohnenden Eingeborenen ihrer Heimstätten enteignet und vertrieben wurden oder für die Erlaubnis, dort wohnen zu bleiben, hohen Pachtzins zahlen mußten.
- b) Sie haben angebliche Verträge in Kraft gesetzt, durch welche ungeheure Besitztümer an Land oder Bodenschätzen zu absurden Preisen europäischen Abenteurern ausgeliefert wurden.
- c) Sie haben Zwangsarbeit für öffentliche Arbeiten der Gemeinden und Dörfer eingeführt und haben die Eingeborenen zu Arbeiten für Privatunternehmer ohne gesetzliche Ermächtigung gezwungen, bzw. solche Arbeiten legalisiert. Sie haben durch verschiedene Mittel die Häuptlinge korumpiert, um ihre Autorität für die Einführung der Zwangsarbeit zu gebrauchen.
- d) Sie haben die Eingeborenen durch Auslegung direkter Steuern gezwungen, für Europäer zu arbeiten. Um ein ständiges Angebot tüchtiger Arbeitskräfte zu sichern, haben sie die Registrierung der Eingeborenen gesetzlich vorgeschrieben und ihnen verboten, sich in ihrem eigenen Lande frei zu bewegen. Auch Bodenraub und einschränkende Maßnahmen in Bezug auf die Bewässerung des Bodens haben oft denselben Zweck gezielte.
- e) Sie haben durch Gesetz Rechtsminderungen für die Eingeborenen durchgeführt, haben die Verwendung Eingeborener zur gelehrten Arbeit an Maschinen verboten, haben das unerlaubte Fernbleiben der Eingeborenen von der Arbeit zu einem mit Geld oder Gefängnis strafbaren Kriminaldelikt gemacht und sie auf diese Weise des Streikrechtes beraubt; sie haben schließlich Versammlungen der Eingeborenen und jeden Austausch von Meinungen verboten, die nach Ansicht der Europäer geeignet sein könnten, die Eingeborenen gegen ihre Unternehmer „aufzureizen“.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale fordert daher:

- 1. In allen diesen Kolonien im tropischen und subtropischen Afrika und im Stillen Ozean soll der ganze, noch nicht von den Europäern in Besitz genommene Grund und Boden als unzerstückeltes Eigentum der Gemeinschaft der Eingeborenen anerkannt werden.
- 2. Jeder eingeborenen Familie soll der für ihren Lebensunterhalt erforderliche Grundbesitz gesichert werden.
- 3. Den Eingeborenen sollen keine Steuern oder Lasten irgendwelcher Art auferlegt werden, außer zum Zwecke der Verwaltung öffentlicher Dienste, die unmittelbar den Eingeborenen zugute kommen.
- 4. Insbesondere soll keine so hohe Steuer zulässig sein, daß der Eingeborene sie nicht zahlen kann, ohne daß er seine Heimstätte verlassen muß, um Arbeit bei einem Kapitalisten zu nehmen.
- 5. Jede Form der Zwangsarbeit oder der langfristigen Kontratsarbeit (indentured labour) und jede Art der Besteuerung oder des Drucks, um die Eingeborenen zur Annahme von Lohnarbeit zu zwingen, soll abgeschafft werden.
- 6. Alle Arbeitsverträge sollen nach Musterverträgen abgeschlossen werden, die die Regierung zu entwerfen und kundzumachen hat; diese Musterverträge sollen u. a. auch folgende Bestimmungen enthalten: Die Vertragsdauer und die Erneuerungsbedingungen des Vertrages, die Lohnhöhe und die Art der Lohnauszahlung, Arbeitszeit, Arbeitsort, Maßnahmen, die der Unternehmer zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter zu treffen hat (Errichtung von Spitätern und Bestellung ärztlicher Hilfe), Entschädigung für die Arbeiter oder deren Angehörige bei teilweiser oder gänzlicher Arbeitsunfähigkeit, die aus Unfall oder Krankheit, welche durch Arbeitsverhältnisse verursacht wurde, entstanden ist. Die Festsetzung der Art und der Menge der Lebensmittel und nähere Bestimmungen der Wohnungsbedingungen, für die der Unternehmer zu sorgen hat, überall dort, wo es notwendig wäre.

## Der Schwedentrust in Lettland.

Eine Korruptionsaffäre.

Riga, 15. August. (Eigenbericht.)

Seit langem bemüht sich der schwedische Zündholztrust, eine der stärksten Positionen des internationalen Kapitals, um das Zündholzmonopol für Lettland. Die gesamte, recht bedeutende Zündholzindustrie Lettlands sollte dem Trust gegen gewisse finanzielle Leistungen auf Jahrzehnte hinaus verpachtet werden. Die bürgerliche Regierung Juratschewsky unterzeichnete auch diesen Vertrag, konnte aber seine Ratifizierung vor dem Parlament nicht durchsetzen, da die lettische Sozialdemokratie sich mit aller Kraft gegen diese Verschönerung von Nationalvermögen wehrte.

Seit einigen Wochen gingen Gerüchte um, daß bei den Verhandlungen der Regierung mit dem Schwedentrust nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Der Führer der lettischen Sozialdemokratie, Abgeordneter Julius Zelms, trat schon am 6. Juli in einer großen öffentlichen Versammlung mit der Ankündigung herauf, daß in der Angelegenheit des Schwedentrusts Besetzungsgelder eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Sowohl am 6. wie auch am 25. Juli übergab Abg. Zelms dem Rigaer Bezirksgericht Anklagematerial. Aus diesem Material geht hervor, daß das schwedische Kapital schon im Jahre 1919 versuchte, Einfluß in Lettland zu gewinnen, und zu diesem Zweck größere Geldsummen überwiesen hat.

Ferner ist festgestellt, daß vor etwa zwei Jahren eine Summe von mehreren zehntausend Dollar aufgewandt wurde, um zu erreichen, daß das lettische Finanzministerium keine Konzessionen auf Zündholzfabriken mehr erteile. In der Tat sind nach diesem Zeitpunkt keine Konzessionen mehr erteilt worden. Dem Abgeordneten Zelms wurde ferner von einer Seite, die bereit ist, dies eidlich zu bekräftigen, mitgeteilt, daß der Vertreter des Schwedentrusts einen größeren Betrag dafür ausgelegt habe, die Stimmen der Sozialdemokraten für den Zündholzvertrag zu kaufen.

Dieses gesamte Material, das die Sozialdemokratie der Staatsanwaltschaft übergeben hat, wurde durch die Veröffentlichung eines Briefes getönt, den der Schwedentrust an seinen Vertreter in Riga sandte und der zur rechten Zeit in die Hände der Opposition fiel. In diesem Brief macht der Trust seinem Vertreter Vorwürfe darüber, daß er dem lettischen Finanzminister Liepin und dem Rigaer Rechtsanwalt Birsnel vorzeitig 50 000 Dollar ausgezahlt habe, bevor noch die Ratifizierung des Vertrages festgestellt sei. Die Veröffentlichung dieses Briefes in der oppositionellen Presse schlug wie eine Bombe ein. Die Photographie des Brieforiginals wurde dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß und dem Staatsanwalt übergeben. Die Regierungsblätter versuchten zwar den Brief als eine Fälschung hinzustellen. Man muß die endgültige Klärung der Angelegenheit durch das Gericht abwarten, um abschließend urteilen zu können. Eines steht aber schon heute fest, daß nämlich die Sozialdemokratie sich gewiß nicht leichtfertig zu diesen schweren Anklagen hat hinreißen lassen, sondern erst nach reiflicher Prüfung des vorhandenen Beweismaterials sich zum rücksichtslosen Vorgehen entschlossen hat.

Die unmittelbaren politischen Folgen treten sofort ein. Die Sozialdemokratie sowie einige andere Oppositionsgruppen boykottieren die Zusammenkunft mit dem Finanzminister in den Parlamentskommissionen und fordern den Rücktritt des Finanzministers bis zur gerichtlichen Entscheidung. Die der Regierungskoalition angehörende Partei der Jungwirte erklärt, daß sie, sowie sich die Anklagebehörden der Mitglieder der Regierung als wahr erweisen sollten, aus der Koalition ausscheiden werde. Ueber die wahren Folgen ist noch nichts bekannt. Die Sozialdemokratie ist aber entschlossen, den Kampf gegen die Korruption bis zum äußersten zu führen. Die Sozialdemokratie fordert strenge Untersuchung und gerichtliche Verfolgung aller Schuldigen.

Joch heißt der Pariser Arbeiterbezirk, dessen Verwaltung kommunistisch ist und wo das Polizeigewalt letzten Sonntags über 1300 Menschen verhaftete, weil sie angeblich — demonstrieren wollten. Nun ist der Bürgermeister von der Strafkammer freigesprochen worden. Die Blamage der Regierung ist vollendet.

Krume-Hoff Kriegsminister will ein in Vorbereitung befindlicher französischer Belegentwurf als Amtsbezeichnung einführen. Hoffentlich ist das nicht die — ganze Abkrüftung.

Japanische Truppen in China werden heimberufen, und zwar zunächst ein Teil von ihnen aus Tientsin.



# Ein Hotel gleitet ins Wasser!

## Der Stapellauf der „Europa“.

Hamburg, 15. August. (Eigenbericht.)

Der Stapellauf der „Europa“, der am Mittwoch abend gegen 5 Uhr auf der Hamburger Werft von Blohm u. Voß vor sich ging, gestaltete sich zu einem der denkwürdigsten Ereignisse der deutschen Seeschifffahrt und zu einem unvergesslichen, eindrucksvollen Erlebnis für alle, die der Schiffstaufe beiwohnen konnten. Der Hamburger Hafen, dieses hohe Lied der Arbeit, zeigte sich in seiner ganzen Schönheit: Ein ungeheures Gewimmel von Barkassen und Schiffen aller Art, ein überwältigendes Konzert der Schiffs sirenen, dazu die phantastischen Seiten der Kranzklöppel auf den Werften und über dem Ganzen ein wundervoller Sommerabend! Drüben bei Blohm u. Voß ein neuer Dampferriese, ein schwimmendes Hotel! Schurman, der amerikanische Botschafter, taufte das neue Schiff „Europa“ und bezeichnete diesen Namen als Symbol für die Einigung und das bessere Verständnis der alten und der neuen Welt. Ergriffen und überwältigt von dem Wunderwert der fleißigen Arbeiterhände und der Phantasie geistvoller Ingenieure sah eine tausendköpfige Menschenmenge das neue Schiff des Norddeutschen Lloyd aus dem Wald der Eisengrüfte in die Fluten des Hamburger Hafens heimingleiten.

Nach dem Stapellauf der „Europa“ fand im Verwaltungsgebäude der Werft von Blohm u. Voß ein Empfang statt, bei dem der Seniorchef der Firma, Dr. Hermann Blohm, die Gäste, unter ihnen insbesondere den amerikanischen Botschafter Schurman willkommen hieß. Direktor Gläsel sprach allen, die an dem Schiff mitgearbeitet hatten, den Dank des Norddeutschen Lloyd aus. Hierauf begrüßte der Präsident des Norddeutschen Lloyd, Dr. Heinicke, den amerikanischen Botschafter Dr. Schurman, der die „Europa“ gekauft hatte. Er dankte ihm dafür und fuhr dann fort: Die Tatsache, daß der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika dem Schiff das Geleit auf seinen Lebensweg gegeben hat, ist Ausdruck und Beweis dafür, daß Regierung und Volk der großen amerikanischen Nation den tieferen Sinn der mit diesem Neubau verfolgten Ziele richtig verstanden haben: daß nämlich die für Nordamerika bestimmte „Europa“ ein neues Bindeglied sein soll zwischen der alten und der neuen Welt. Zum Schluß hat der Redner den Botschafter, der Vermittler der Grüße von der deutschen Botschaft an das amerikanische Volk zu sein, und schloß mit einem Hoch auf die Vereinigten Staaten. Der Botschafter Dr. Schurman erwiderte, indem er für die Ehre, an der Taufe des neuen Dampfers teilnehmen zu dürfen, danke, und u. a. erklärte, daß heute glücklicherweise keine künstlichen Hindernisse im Fließen der natürlichen Sympathien und Freundschaftsbrücken zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke beständen. Es seien glücklicherweise viele positive Kräfte am Werke, diese wachsende Brücke zu festern, und nicht die geringsten unter ihnen seien die Schiffe des Norddeutschen Lloyd, welche jetzt durch die großartige „Europa“ verstärkt wurden!

Der Stapellauf der beiden neuen Lloyd-Dampfer „Europa“ und „Arman“, die die größten Schiffe der deutschen Handelsflotte sein werden, lenkt die Aufmerksamkeit auf Deutschlands Stellung in der Weltseeschifffahrt. Obwohl diese beiden Schiffe mit ihrem Raumbau von je 46 000 Tonnen nicht die größten Dampfer der Welt sein werden — sie werden von den drei ehemals deutschen Dampfern „Leviathan“ („Baltimore“) 59 000 Tonnen, „Majestic“ („Bismarck“) 56 600 Tonnen und „Berengaria“ („Imperator“) 52 200 Tonnen übertroffen —, gehören sie doch zu den schnellsten Schiffen, da sie den Atlantik in sechs Tagen überqueren sollen.

Nach der vor kurzem erschienenen Jahresübersicht von Lloyds Register ist Deutschland im letzten Jahre mit einer Tonnagezunahme von 12,3 Proz. an die vierte Stelle in der Weltseeschifffahrt gerückt. Der Gesamtbestand der Welthandelsflotte betrug am 30. Juni 1928 66,9 Millionen Tonnen, die Gesamtzunahme belief sich nur auf 2,7 Proz. Da Deutschland nun mit einer Gesamttonnage von 3,8 Millionen Tonnen, d. h. einer Beteiligung von 5,6 Proz. am Gesamtbestand der Welthandelsflotte gegenüber 5,2 Proz. im Vorjahre, vom sechsten auf den vierten Platz gerückt ist, hat es Italien und Frankreich hinter sich gelassen. Vor Deutschland stehen noch Großbritannien mit fast 20 Millionen, die Vereinigten Staaten mit rund 14 1/2 Millionen und Japan mit etwa 4 Millionen Tonnen. Im Schiffbau dagegen steht Deutschland an zweiter Stelle der Nationen, hinter England. Der deutsche Auftragsbestand belief sich im zweiten Vierteljahr 1928 auf 87 Schiffe mit 407 500 Tonnen, während England eine Neubautonage von 1,2 Millionen Tonnen aufweisen kann.

## Eigenartiger Autobusunfall.

### An der Bahnunterführung hängen geblieben.

Von einem eigenartigen Unfall wurde gestern nachmittag ein Autobus betroffen, der sich auf einer Probe-fahrt durch die Straßen des Südostens befand.

Beim Passieren der Eisenbahnunterführung am Schöneberger Ufer und der Flottwellstraße prallte das Oberdeck gegen die Brückenquerträger und zerfiel die Oberleitung der Straßenbahn. Der Wagen hatte sich dabei so festgefahren, daß er weder vor- noch rückwärts dirigiert werden konnte. Der Fahrdamm wurde von der Polizei für den Straßenbahn- und Fuhrwerksverkehr gesperrt und die nahegelegene Feuerwehr am Hafenplatz zu Hilfe gerufen. Der Wehr gelang es, den festgefahrenen Autobus, dessen Verdeck schwer beschädigt worden war, nach einigen Bemühungen wieder flott zu machen. Der Wagen konnte nach halbstündiger Fahrtunterbrechung seinen Weg dann wieder fortsetzen. Der Vorfall hatte an der verkehrsreichen Straßenkreuzung an der Wagenansammlungen zur Folge.

Da es sich bei dem verunglückten Autobus um einen neuen Wagen handelt, ist anzunehmen, daß beim Bau die zulässigen Höchstmaße wahrscheinlich überschritten worden sind.

## Der Dieb als Gärtner.

Seit mehreren Monaten wurden verschiedene Standinhaber in der Arminius-Marktstraße mehr oder minder schwer bestohlen, ohne daß es zunächst gelang, den Spüßbuden zu fassen. Man wandte sich endlich an die Kriminalpolizei und ihre Nachforschungen hatten ein überraschendes Ergebnis. Der 45 Jahre alte städtische Wächter Heinrich Kuffka, der seit drei Jahren in der Halle seinen Dienst verricht, wurde als der Dieb entlarvt und festgenommen. Kuffka hatte als letzten Streich in der vorigen Woche zur Nachtzeit das Gitter vor dem Stand des Fleischermeisters Hauser beiseitegebogen und sich nicht weniger als zehn große Würste und ebensovielen städtischen Rollschinken eingestekt. Sein Helfershelfer war, wie jetzt festgestellt wurde, der bei dem Meister beschäftigte Hausdiener Max Brauer. Kuffka hat die beträchtlichen Mengen Lebensmittel, die er an allen möglichen Ständen erbeutete, natürlich nicht alle selbst verbrauchen können. Er fand dafür willige Abnehmer bei einigen Gastwirten in der Umgebung. Wenn auch kaum daran zu zweifeln ist, daß er für alle Diebstähle in Betracht kommt, so leugnet er doch und gibt nur den Diebstahl bei Hauser zu. Er und sein Kumpan wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Der Ueberfall der Achtzehnjährigen.

### Weil ihr „alles keinen Spaß mehr machte!“

Von einem 18 Jahre alten Mädchen wurde, wie wir mitteilen, eine Frau Hirschfeld am Dienstag abend im Hausflur in der Gabriel-Mag-Strasse 11 angefallen. Das Mädchen, das der Frau Pfeffer in das Gesicht geworfen und versucht hatte, ihr die Hand-tasche wegzureißen, wurde festgenommen.

Bei ihrer Vernehmung gab sie an, daß sie des Lebens im Elternhause überdrüssig sei. Sie habe einen jungen Mann kennengelernt und sich zweimal mit ihm verabredet, er habe sie aber jedesmal verfehlt. Weil ihr nun alles „keinen Spaß“ mehr machte, so habe sie irgend etwas verüben wollen, um in Fürsorgeerziehung zu kommen. Das Mädchen entstammt einer achtbaren Familie und hat selbst auch Beschäftigung in einer Treptower Fabrik gehabt. Eine Vereinerlichungsabsicht hat es kaum gehabt, es scheint sich in der Tat um ein Römum, einen Raubüberfall aus Liebeskummer zu handeln.

Weniger harmlos war dagegen der Ueberfall auf eine Frau Helene Neuendorf. Frau Neuendorf war vormittags in ihrer Wohnung in der Berliner Allee in Weihenjeer von einem früheren Untermieter angefallen und am Hals gewürgt worden. Auf ihre Hilferufe war der Angreifer geflüchtet und hatte seine Identität zurückgelassen. Schon bald wurde er als ein 20 Jahre alter Rudolf Freudenberg festgestellt, der aber in Berlin nicht mehr zu finden war. Gestern erschien nun ein junger Mann in einer Fahrradhandlung in der Schönhauser Straße und wollte ein Rad auf Abzahlung kaufen. Der Geschäftsmann, dem der Kunde verdächtig vorkam, ließ ihn festnehmen. Dabei stellte es sich heraus, daß es Freudenberg war, der den Kaufmann mit Papieren eines Bekannten hineinzuführen beabsichtigt hatte. Den Ueberfall auf Frau Neuendorf gibt er zu. Er war damals ohne Beschäftigung und ohne Geld, hatte aber nicht gemagt, seinen Angehörigen davon etwas zu sagen. Um sich Mittel zu verschaffen, drang er in die Wohnung seiner früheren Wirtin ein. Nach seiner Flucht fand er Arbeit bei einem Bauern in Treptow in der Mark und kehrte erst jetzt nach Berlin zurück.

## Schiebungen mit Steuergeldern.

### Veruntreuungen bei einem Berliner Finanzamt.

Schiebungen mit Steuergeldern, die auf dem Finanzamt Mühlenberg in der Klosterstr. 33/35 verübt wurden, beschuldigen die Berliner Kriminalpolizei.

Bei dem Amt war mit Unterbrechungen ein Zeitangestellter Leo Bachmann aus Königs tätig, den man zuletzt wieder im Jahre 1927 einstellte. Die Untersuchung, die von der Kriminalinspektion Mitte vorgenommen wurde, ergab Belastungsmaterial gegen Bachmann, der festgenommen wurde. Sein Spießgeselle war ein ebenfalls aus Königs gebürtiger Richard Günther, der sich „Bankbeamter“ nennt, sich aber auch schon als Kellner betätigt hat und zuletzt ohne Beschäftigung war. Günther hat seine Ehefrau im Stich gelassen und ist aus Berlin und seiner Wohnung in der Hühnerer Straße verschwunden. Bei der Untersuchung wurden Listen entdeckt, auf denen doppelte Unterschriften von derselben Hand schrift standen. Es handelt sich um Doppelerstattungen von Lohn- und Steuerbeiträgen aus dem Jahre 1927. Festgestellt ist, daß Günther die Unterschriften gefälscht und die Beträge für seine Tasche behoben hat. Bloß sind 7 bis 8 Fälle bekanntgemeldet, in denen er jedesmal 60 bis 80 M. erhielt. Der Gesamtsumme beläuft sich auf einige hundert Mark. Allem Anschein nach ist durch die Festnahme des Bachmann der Betrug noch im Anfangsstadium unterbunden worden. Ob noch andere Personen an den Unterschleifen beteiligt waren, ist Gegenstand der weiteren Untersuchung. Der fälschliche Günther ist 32 Jahre alt, 1,70 Meter groß und schlank, hat dunkles Haar, bartloses Gesicht und fällt durch wulstige Lippen auf. Mitteilungen über seinen Aufenthalt erbittet Kriminalkommissar Schneider beim zweiten Bezirk der Kriminalinspektion Mitte. Bachmann wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

# Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.  
(Aus dem Englischen übersetzt von R. Hauser.)

Es herrschte peinliches Schweigen. Jedermann im Zimmer war davon überzeugt, daß eine Katastrophe hereinbrechen würde. Die Tatsache, daß vor wenigen Minuten das Zimmer voll von den Geräuschen eines ausschweifenden Gelages gewesen war, machte die Stille um so schrecklicher.

Alle beobachteten Gypo. Sein gigantischer Leib, von seltsamen Gefühlen durchwühlt, stand im vollen Schein der Lampe, die über ihm von der Decke hing. Sein unablässig der Frau zugewandtes Gesicht veränderte sich wieder und wieder und spiegelte die dunklen, geheimnisvollen Regungen, die nacheinander durch sein Hirn jagten. Plötzlich dehnte sich seine Brust, seine Glieder strafften sich. Dann ging sein Atem rückwärts. Seine Kiefer spannten sich, die Augen wurden weit. In seinem Hals fing es an sich zu regen. Dann kam ein Geräusch wie ein abgebrochenes Schnaufen aus seinen Rüstern.

Nach zwanzig Sekunden Wartens wurden die Zuschauer schließlich durch ein unerwartetes Ergebnis dieser Regungen aufgeschreckt. Gypo brach in brüllendem Gelächter aus. Er hob den Kopf und lachte zur Decke hinauf. Alle starrten ihn voll Angst an, bis auf die Frau. Wie zur Antwort auf sein Gelächter brach auch sie in Lachen aus, aber es war das schrille, dünne Gelächter der Hysterie, das ihre Augen kalt glänzen ließ.

Mitten im Lachen abbrechend, ging Gypo zu Tante Betty hinüber. Er nahm sie beim Arm, zeigte mit dem Finger auf die Frau im Pelzmantel und flüsterte heiser: „Die will ich haben. Besorg mir ein Zimmer. Du kannst soviel Geld kriegen, wie du verlangst.“

Die Frau im Pelzmantel schrie auf: „Niemals!“ Sie schlug die Hände vors Gesicht, dann machte sie mit dem rechten Fuß einen kleinen Schritt vorwärts und stand schwanzend auf diesen Fuß gestützt, als ob sie ihn auf Eis gesetzt hätte.

Tante Betty näherte sich der Mitte des Zimmers. Sie stand der Frau mit aufgestemten Armen und vorgeschobenem Mund gegenüber und sagte: „Nach' keinen Unstun, Phyllis. Dein Geschwäh' hab' ich satt. Du bist nicht mehr wert, als dein Schlafen und Essen mich kostet, und solange ich dich hier behalte, bist du nicht besser als irgendeine andere Frau, die in

meinem Haus Kost und Logis bekommt. Stopps dir in 'ne Pfeife und rauch's. Ein Mann ist so gut wie ein anderer. Du gehst mit ihm raus.“

Mehrere Frauen sahen die pelzgekleidete Frau haßerfüllt an und sagten: „Das ist wahr, Tante Betty.“

Die Frau im Pelz kreischte, mit den Füßen stampfend und die Fäuste gegen die Weiber schüttelnd: „Gefindell! Was für dreißige Seelen habt ihr, daß ihr auf diese Stufe gefunken seid? Ich bin keine Prostituierte wie ihr, und darum haßt ihr mich. Ihr haßt mich, weil ich eine gebildete Frau bin, weil...“

Connemara Maggie, eine große, kräftige, ansehnliche Frau mit rottem Gesicht und starken Knochen, rief: „Keine Spur davon. Wir haßen dich, weil du eine aufgeblasene, ungebildete Person bist, die sich für besser hält, als Gott sie gemacht hat, und Gott verzeih' mir, wenn ich sage...“

Einige unterbrachen: „Gib's ihr kräftig, Maggie, sag' ihr die Meinung.“

Die Frau im Pelz keuchte: „Es ist mir gleich, was du sagst, Connemara Maggie. Du bist nicht die Schlimmste unter ihnen und...“

„Guter Gott!“ Tante Betty öchzte laut, und ihre Hände griffen an ihre Brüste.

Sie taumelte gegen die Wand zurück, die Frau im Pelz verstoßen anblickend. Sie war im Banne einer ihrer „Bislonen“. Gypo starrte mit lose herabhängenden Armen die Frau im Pelz an.

Sie fuhr fort: „Hör' zu! Ich trage keiner von euch etwas nach. Ihr könnt nichts dafür, keine von euch. Ich trage nicht einmal dir etwas nach, Tante Betty. Ich weiß sehr gut, ohne dich würde ich verhungern — oder an einem schlimmeren Ort sein. Ich bin jetzt einen Monat in deinem Haus gewesen, und du warst gut zu mir. Ich weiß sehr gut, niemand kann für irgend etwas. Ich bin Engländerin, ich bin die Frau eines Armeemajors, da ist es nur natürlich, daß ihr Mädchen ein Vorurteil gegen mich habt...“

Connemara Maggie rief: „Keine Spur davon, dein aufgeblasenes Benehmen, das...“

Eine andere rief dazwischen: „Laß sie ausreden, Maggie.“

In Tränen ausbrechend, rief die Frau: „Ich hatte kein Recht, hierherzukommen. Ich hätte zur Polizei gehen sollen und sie...“

Plötzlich brüllte Gypo auf, als ob er jäh aus dem Schlaf aufgestört würde: „Polizei! Laß das Gerede. Ich will nichts wissen von der Polizei. Was willst du mit der Polizei?“

Die Frau schluchzte: „Ich will zurück nach Haus.“

„Wo bist du zu Haus?“

„Es ist... es ist in der Nähe von London.“

„Na, was machst du denn da hier?“

Die Frau wurde wieder hysterisch, sie berührte mit ihrem zitternden Zeigefinger ihre entstellte Wange und rief: „Dies bekam ich vor einem Jahr. Es hat mich wahnsinnig gemacht. Mein Mann hat sich eine andere Frau genommen. Ich habe alles, was ich besaß, verkauft und bin nach Dublin gekommen. Ich wollte arbeiten. Beim wahrhaftigen Gott, das wollte ich. Aber ich konnte nichts finden. Dann hat mich ein Mann hierher gebracht. Guter Gott, die Schande, hier das alles zu erzählen, an einem Ort wie diesem... die...“

Wackerlich rief Gypo: „Wißt du jetzt noch nach Haus?“

Sie antwortete nicht, sah ihn aber mit vor Staunen großen Augen an.

Er fuhr fort: „Bieviel brauchst du bis nach Haus? Was wird es kosten?“

Leise antwortete sie: „Etwas über zwei Pfund.“

Er nahm sein Geld heraus: „Hier, hier ist dein Reisegeld. Eins, zwei, drei...“ Er hielt inne; er war im Begriff gewesen, einen vierten Schein hinzuzufügen, steckte ihn aber zurück. Er reichte ihr die drei Banknoten. Sie wich zurück, mit großen Augen auf das Geld starrend.

Mit fremder, verträumter Stimme sagte er: „Hab' keine Angst. Nimm das Geld und mach', daß du von hier fortkommst. Das ist genug, um nach Haus zu reisen. Fahr' zurück nach Haus. Hier wirst du nicht gebraucht; du und dein Mann und die Polizei. Der Polizei geh' aus dem Weg, das sag' ich dir. Los! Verschwindel! Mach', daß du raus kommst.“

Ihm ins Gesicht starrend, griff sie mit offenem Mund plötzlich zitternd nach dem Geld. Mit einem Ausruf sah sie sich im Zimmer um und stürzte zur Tür.

„Fort mit dir,“ rief Gypo ihr nach, „fort mit dir.“

Alle starrten auf die Tür, durch die sie verschwunden war, sie hinter sich zuschlagend. In das Schweigen hinein sagte Tante Betty sichernd:

„Das ist alles ganz schön, aber sie schuldet mir zwei Pfund zehn Schillinge. Wer wird mir das bezahlen? Das ist ganz schön, sich aufzuspielen als...“

Gypo schrie: „Halt die Fresse! Hier sind zwei Pfund für dich. Das ist genug. Keinen Ton wirst du mehr sagen.“ Er warf ihr zwei Pfundnoten zu. Dann reckte er die Arme und rief: „Wer geht mit mir, bevor die Bank pleite ist?“

„Ich komme, mein kühner Adlerjohn!“ Connemara Maggie stürzte auf ihn zu. Ihr gelbes, lockiges Haar fiel ihr ums Gesicht, und ihre blauen Augen tanzten. Sie schlang ihre starken Arme um seinen Nacken.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Höhlenbewohner von Tegel.

Das Ergebnis einer Razzia.

Diebereien und Einbrüche in Lauben und Villengrundstücke gaben in der letzten Zeit wiederholt Veranlassung zu Razzien in der Gegend der Tegeler Forst. Um dem Umwachen zu wehren, unternahm in der vergangenen Nacht von 2 bis 6 Uhr die Radfahrtruppe der Kriminalpolizei eine gründliche Razzia der Waldungen.

Im dichtesten Gestrüpp entdeckten die Beamten eine Reihe von Bauhütten, die zum Teil in die Erde eingegraben und so geschickt maskiert waren, daß harmlose Vorübergehende sie nicht bemerken konnten. Die Höhlenbewohner waren aber keineswegs friedliche Wandervögel oder Wochenendler, sondern in der Hauptsache entwichene Fürsorgezöglinge und werden wegen Diebstahls und anderer Straftaten gesucht. Insgesamt wurden 20 Personen aufgegriffen, darunter auch Frauen, die, da sie krank waren, der Gesundheitspolizei zugeführt wurden. Die männlichen Mitglieder der Bande zogen bei Tagesanbruch auf Diebstahl und Einbruch aus, verübten in den Dämmerstunden des Abends auch kleinere Raubüberfälle und kehrten zur Nachtzeit in das Lager zurück. Die Frauen hatten die Bewirtschaftung übernommen. Ein Teil der Erwischten setzte den Beamten heftigen Widerstand entgegen, so daß sie gefesselt abgeführt werden mußten.

## Selbstmord oder Unglücksfall?

Ein grauenhafter Fund auf den Schienen.

Auf der Wannseebahn, kurz hinter der Station Zehlendorf-Witz, machten Bahnbeamte heute früh einen grauenhaften Fund.

Zwischen den Gleisen lag die fürchterlich zerstückelte Leiche eines Mannes. Die Beichtstücke waren auf etwa 50 Meter zerstreut. Die Polizei wurde benachrichtigt, die den Befund aufnahm und die Personalien des Toten feststellte. Es handelt sich um einen Mechaniker Franz Körner aus der Rheingaustr. 25 zu Friedenau.

Nach der polizeilichen Ermittlungen ist Körner wahrscheinlich das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Demnach hatte er in der Dunkelheit versucht, den Bahndamm zu überschreiten und ist dabei an der etwas überhöhten Stelle von einem herabfallenden Zug zermalmt worden. Der Leichnam ist dann von nachfolgenden Zügen fast bis zur Unkenntlichkeit zerstört worden.

Da es aber nicht ganz ausgeschlossen scheint, daß es vielleicht Selbstmord verübt hat, sind die polizeilichen Ermittlungen zur Klärung des Vorfalles auch nach dieser Richtung aufgenommen worden.

## Der Ueberfall bei Spandau aufgeklärt.

Wie bereits kurz mitgeteilt, ist es noch am Freitagabend gelungen, einen der Täter, die den Ueberfall auf den Kaufmann Kurt Jesche verübten, festzunehmen. Die Spandauer Kriminalpolizei forschte in erster Linie nach einem Manne, der durch eine Schußverletzung auffallen mußte. Es ergab sich denn auch, daß der 26 Jahre alte Gustav Stürzebecher sich eine Kopfwunde hatte verbinden lassen. Die Beamten begaben sich nach seiner Wohnung und nahmen ihn fest. Stürzebecher, dessen Verletzung nicht gefährlich ist, konnte noch am Abend vernommen werden. Er bestreitet jede Raubabsicht und gibt von dem Vorfall eine Darstellung, deren Richtigkeit noch nachgeprüft werden wird. Er sei nervenkrank und könne nachts schlecht schlafen, deshalb habe er allein einen Spaziergang unternommen. Dabei sei ihm der Kraftwagen aufgefallen, der mit abgedunkeltem Licht an der Chaussee stand. Er sei neugierig geworden und näher herangegangen, um nachzusehen, was mit dem Auto los sei. Dabei habe er entdeckt, daß der Wagenbesitzer zugeschlossen war. Dieser Umstand habe seine Neugierde gesteigert, er sei hinten auf den Wagen geklettert, um hineinzusehen und habe plötzlich den Schuß erhalten. Von einem zweiten Manne oder einem Motorrad, das ihn nach der Verwundung abtransportiert habe, will er nichts wissen.

## Unfälle des Tages.

Beim Baden in der Havel, etwa 100 Meter südlich der Glienicke Brücke, ging der 52jährige Ingenieur Karl Hofer, aus der Auguststraße 34 zu Potsdam, plötzlich unter. Der Verunglückte konnte doch geborgen werden, doch blieben die Wiederbelebungversuche erfolglos. Ein hinzugerufener Arzt stellte den Tod infolge Herzschlages fest. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in Wannsee gebracht.

Vor dem Hause Belle-Alliance-Straße 100 ereignete sich gestern ein schwerer Motorradunfall. Der 24jährige Kurt Dant, aus der Schlüterstraße 66 zu Charlottenburg, kam auf dem schlüpfrigen Asphalt, der kurz zuvor gesprengt worden war, zu Fall und stürzte so unglücklich, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt. Man schaffte den Schwerverletzten zur nächsten Rettungswache, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung starb. — In der Parkstraße in Klein-Glienicke wurde der Motorradfahrer Emil Nag aus der Bahnstraße 9 in Schöneberg beim Ueberholen von einem Personentransportwagen angefahren und zu Boden gerissen. Er und seine auf dem Soziusplatz mitfahrende Frau wurden vom Rade geschleudert und erlitten schwere Kopfverletzungen. Beide wurden in besinnungslosem Zustande in das Potsdamer Krankenhaus gebracht.

## Zimmer wieder Kirchensteuer.

Ein Dreptomer Einwohner schreibt uns: „Vor 19 Jahren, in meinem 46. Lebensjahr, war ich auf dem Amtspapier noch Katholik, schickte mich von der Kirche innerlich schon viele Jahre losgelöst und bin, um nicht noch länger mit einer Hudelei durch das Leben zu gehen, zugleich mit meiner bis dahin evangelischen Ehefrau vor dem Amtsgericht Berlin-Witte am 16. September 1909 aus der Kirche ausgetreten. Bei allen Personenstandsangaben, überhaupt in jedem amtlichen Formular, das im Bordruck ein Religionsbekenntnis forderte, habe ich seit 19 Jahren mich und die Ehefrau als Dissidenten bezeichnet. Trotzdem bin ich, der frühere Katholik, jetzt zur Kirchensteuer für 1928 veranlagt worden von der — evangelischen Kirchengemeinde Dreptow. Dem Veranlagungsbescheid lag ein grüner Fettel bei, der mit den Worten beginnt: „Mit der erhöhten Kirchensteuer für das Rechnungsjahr 1928 müssen wir ein besonderes Opfer für den Kirchbau in Dreptow erbitten.“ Am Schluß des Fettes steht: „Der anerkennt, daß Herz und Familie ohne Christentum zerfallen und veröden... der muß auch die erforderlichen Kirchensteuern wollen und gern Opfer bringen.“ Sollte etwa mit diesem besonderen Opfer für den Kirchbau in Dreptow die belästigende Veranlagung von Dissidenten zur Kirchensteuer zusammenhängen? Haben noch mehr Dissidenten im Bezirk Dreptow solche Veranlagungsbescheide erhalten? Wann wird die Kirche endlich ihre Listen in Ordnung bringen, wann endlich wird die unnütze

# Ein Millionenbetrug?

Verhaftung eines Berliner Geschäftsmannes in Budapest.

Die Berliner Kriminalpolizei ist gegenwärtig mit der Aufklärung eines Falles beschäftigt, der in das kleine Fürstentum Liechtenstein hinüberspielt, der aber auch in Berlin erhebliches Interesse erfordert. Es handelt sich um die Verhaftung eines in gewissen Kreisen nicht unbekanntes Geschäftsmannes namens Rudolf Carbone, der am Kurfürstendam 29 wohnt, und der jetzt in Budapest verhaftet worden ist unter dem Verdacht, die in Baduz behelmte Liechtensteiner Spar- und Leihkasse um etwa 1,6 Millionen Franken betrogen zu haben.

Rudolf Carbone, der 29 Jahre alt ist, entstammt einer sehr angesehenen Schweizer Familie. Am Kurfürstendam bewohnte Frau Carbone mit ihrem Sohn und ihrer Tochter, die sich erst unlängst mit einem Werkbesitzer in der Nähe Berlins verlobt hatte, eine 15-Zimmer-Wohnung. Frau Carbone mochte ein großes Haus, und die Familie war in Berlin außerordentlich bekannt. Rudolf Carbone, der vor allen Dingen Sportsmann war, befaßte sich im allgemeinen nicht mit Geschäften, hatte aber den Ehrgeiz als verfehlter Kaufmann zu gelten und ließ sich im wesentlichen von einem Freund der Familie, einem Dr. Steiner, beraten, der am Kaiserdamm wohnte und im Hause der Frau Carbone ein- und ausging. Vor dreierhalb Jahren gründete Rudolf Carbone die Firma Amroc, Import- und Exportgeschäft, in der Französischen Straße 24. Das Kapital hierfür hatte er von seiner Mutter erhalten, er geriet jedoch schon nach ganz kurzer Zeit durch einige verfehlte Transaktionen in ernsthaftes Zahlungsschwierigkeiten. Um seiner Mutter den schlechten Geschäftsgang zu verbergen, wandte sich Carbone an die Direktoren Thoeny und Balthier, die die Sparkasse in Baduz leiteten, und bat diese, ihm für seine Firma eine größere Summe vorzutragen. Gleichzeitig trat Carbone auch an eine alte bekannte Berliner Bankierfirma heran und nahm bei dieser einen Kredit auf. Das Berliner Bankhaus durchschaute jedoch schon nach ganz kurzer Zeit die üble Lage der Amroc und zwang Carbone vor wenigen Wochen in einer notariellen Erklärung, sich von

der Geschäftsführung gänzlich zurückzuziehen, die einem Beamten des Berliner Bankhauses übergeben wurde. Carbone erhielt dagegen von den Leitern der Baduzer Spar- und Leihkasse einen Betrag von fast 1 1/2 Millionen Franken. Zuerst wurde ihm ein Betrag von 200 000 Schweizer Franken ausgehändigt, und zwar auf Grund der langjährigen freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Direktoren und der Familie Carbone bestanden. Die beiden Leiter der kleinen Sparkasse glaubten die Veranlassung hierfür ohne weiteres übernehmen zu können, da C. zugesagt hatte, daß seine Mutter persönlich die Bürgschaft für diesen Betrag übernehmen werde. Offenbar wußte jedoch Frau Carbone, die für ihren Sohn schon früher sehr erhebliche Verbindlichkeiten hatte übernehmen müssen, von dieser Transaktion überhaupt nichts. Jedenfalls verlangte das Baduzer Kreditinstitut Sicherheit, und Carbone erklärte sich schließlich bereit, der Sparkasse seine Anteile an der Amroc zu übereignen. Die Direktoren Thoeny und Balthier gingen auf dieses Geschäft ein, zumal ihnen der Umfang der Amroc in einem außerordentlich günstigen Licht dargelegt worden war. So gelang es Carbone, weitere große Mittel zu erhalten, die aus einem Fonds stammten, der zur Unterfützung von Hochwasserbeschädigten am Rhein bestimmt war. In Liechtenstein wurden diese Vordräge jedoch bekannt, und die Sparkasse versuchte mit allen Mitteln jezt die ausgegebenen Gelder zurückzuerhalten.

Carbone, der die Eindeckung seiner Geschäfte vorausah, schloß deshalb seine Bureaus in der Französischen Straße 24 und fuhr nach Budapest, wo er jedoch festgenommen werden konnte.

Wie wir erfahren, haben sich auch Frau Carbone, ihre Tochter und Dr. Steiner gestern in die Schweiz begeben, wo versucht werden soll, den Fehlbetrag der Baduzer Sparkasse aus dem Vermögen der Frau C. zu decken. Carbone wird voraussichtlich von Ungarn direkt an das Fürstentum Liechtenstein ausgeliefert werden, da Liechtenstein seit dem Jahre 1920 Schweizer Gerichtsbarkeit übernommen hat. Allerdings dürfte auch von der Berliner Bankfirma gegen Carbone Strafantrag gestellt werden.

Befestigung derjenigen, die mit der Kirche gebrochen haben, aufhören. Oder handelt es sich bei solchen Schreiben um eine besondere Form der Werbung für die Kirche? Dann dürften sie ihren Zweck verfehlt haben.

## Um die neuen Droschkentaxi.

Versehlungstatistik des Magistrats.

Bekanntlich will der Streit um eine endgültige Regelung der Berliner Droschkentaxi nicht zur Ruhe kommen. Der Berliner Magistrat hat die Tarifvor schläge der Droschkenbesitzer abgelehnt, ohne sie zu begründen. Der Polizeipräsident hat daraufhin den Magistrat aufgefordert, diese Begründung nachzuholen. Am 25. Juli hat dann der Magistrat zu dieser Aufforderung Stellung genommen, dann aber die ganze Angelegenheit bis zum 2. August vertagt. Inzwischen sind beinahe wieder vierzehn Tage vergangen, ohne daß die zur Förderung der Angelegenheit notwendige Begründung bisher dem Polizeipräsidenten übermittelt worden wäre. Eine solche Verfehlungstatistik kann unter keinen Umständen gutgeheißen werden. Klare Stellungnahme erscheint in jedem Falle erforderlich.

Der Deutsche Verkehrsband, in dem die Berliner Kraftdroschkenführer organisiert sind, schreibt zu dieser Angelegenheit folgendes:

Der Kampf um die Einheitstaxe im Kraftdroschkengewerbe ist durch die zweimalige Ablehnung des Magistrats noch nicht zum Abschluß gekommen. Seinen ablehnenden Standpunkt hat der Magistrat damit begründet, daß er einer Verteuerung der größeren Fahrten nicht zustimmen könnte, wie sie in den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft des Kraftdroschkengewerbes enthalten ist. Wenn wir als die wirtschaftliche Interessensvertretung der organisierten Kraftdroschkenführer zu dieser Frage Stellung nehmen, so veranlassen uns hierzu vor allem zwei wichtige Tatsachen; als erste die von allen Instanzen als notwendig anerkannte Verbesserung der Fahrereinkünfte, deren Neuregelung sofort nach Inkrafttreten der neuen Taxe erfolgen soll. Dann interessiert uns aber auf das lebhafteste der Zustand der Kraftdroschken hinsichtlich ihrer Betriebssicherheit. Die Klagen der Fahrer über schlechte Beschaffenheit der Wagen mehren sich so, daß wir es für unsere Pflicht halten, auf diese Tatsache aufmerksam zu machen. Der Magistrat hat die neue Einheitstaxe abgelehnt, weil sie bei größeren Fahrten eine Verteuerung des Fahrpreises bedeute, bei kurzen Fahrten hätte sie eine Verbilligung gebracht, ebenso bei Nachtfahrten. Der Beschluß des Magistrats steht im Gegensatz zum Polizeipräsidenten, zur Verkehrsdeputation und zu einem Gutachten, das das Polizeipräsidenten von dritter Seite angefordert hatte. Wir halten den Beschluß des Magistrats für verfehlt und bedauern ihn. Eine äußerst billige Taxe bedingt schon die große Anzahl der Kraftdroschken. Sie muß jedoch so gehalten sein, daß die Betriebssicherheit der Fahrzeuge gewährleistet ist, ebenso wie die Existenz des Fahrers. Die Angelegenheit muß also auch im Interesse der Arbeitnehmer so schnell als möglich geregelt werden!

Eine Dahlienschau findet am Sonntag, dem 19. d. M., auf der Dahlienkolonie Südpol Kleingartenverein statt. Alle Liebhaber dieser Blumen sind eingeladen. Konzert und Tanz. Beginn 14 Uhr. Eintritt 30 Pf.

# Funkwinkel.

Vielleicht liegt es an der Ueberhegung, daß die Leseproben, die Dr. Käthe Haar in ihrem Vortrag „Tschechische Frauenbildungen“ mitteilt, beim Hörer keinen starken Eindruck hinterlassen. Die sprachliche Formulierung erscheint wenig dichterisch. Wie gesagt, vielleicht mag die Ueberhegung die Schuld tragen. Aber Käthe Haar ist auch nicht besonders glücklich in der Nachzeichnung einer dichterischen Persönlichkeit. Sie entwirft kein lebendes, einprägendes Bild weder von dem Menschen, noch von dem Künstler. Zu der Uebertragung der Leeresmusik aus der Euphonie ist zu bemerken, daß die Kapelle Heinz Bogosch ausgezeichnet jazzt und über gute Saxophonisten verfügt, daß hingegen Jazztänze keine geeignete Konzertunterhaltung für den Nachmittag bilden, da wohl die wenigsten Hörer Lust haben, während dieser Zeit zu tanzen und da die Steps und Chorlektionen nicht einen so großen musikalischen Wert haben, um nur konzertmäßig zu wirken. Auf diese Tatsache ist die Berliner Funkstunde hier schon oft hingewiesen worden. Der Abend ist dem Dichter Hermann Löns, dem Sänger der Heide, gewidmet. Hans Mühlhölzer regiiert und Margarete Corazella singt die Grauerischen Vertonungen der Gedichte. Mühlhölzer besitzt eine sehr schöne stark und gut resonierende Stimme und er ist auch davon überzeugt, denn er spricht die Basskaden unentwegt im Forte. Er herauszufinden geradezu an dem Klang seines Organs. Doch auf die Dauer hört das forsche, donnernde Rauschen und der Mangel an feineren Details. Mühlhölzer müßte seinen Vortrag besser schärfen. Margarete Corazella ist im Ausdruck von künstlerischer Eintracht. B. G.

## Der Spritschieber von Arheilgen.

Die Entlarvung des Geschäftsführers.

Darmstadt, 15. August.

Zu den Meldungen über die Spritschieber und Brannweinfeuerhinterziehungen in Arheilgen wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: In dem Unternehmen der Firma Simbo G. m. b. H. in Arheilgen wurde neben Konfektfabrikation auch Brannweinbrennerei und Sektfabrikation betrieben. Von den unter Zollpflanz liegenden Spritmengen hat nun der Geschäftsführer der Firma, Zimmer, zusammen mit einem Brenner auf ganz raffinierte Weise Spiritus zusammen, ohne daß es zunächst den Zollbeamten möglich war, diesen Manipulationen auf die Spur zu kommen.

Die Zollabhandlungsstelle Frankfurt a. M. stellte bei ihren Kontrollen fest, daß die verkauften Mengen der Simbo G. m. b. H. sich nicht mit den deklarierten Ziffern in Einklang bringen ließen. Vor etwa 10 Tagen hatte dann ein überraschender Zugriff der Zollbehörde Erfolg.

Zimmer wurde verhaftet und befindet sich jezt dieser Zeit in Untersuchungshaft in Darmstadt. Der Brenner hat auch bereits seine Teilnahme an den von Zimmer durchgeführten klafbaren Handlungen eingestanden. Die Meldungen über eine Flucht der Ehefrau Zimmer nach Holland mit einem Flugzeug unter Mitnahme aller Beträge sind unzutreffend. Es wird von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß die Summe, um die der Staat geschädigt wurde, 24 000 M. betrage.

## Raubüberfall auf eine Bahnhofskasse.

Aber nur 32 Mark erbeutet.

Düsseldorf, 15. August.

Drei bewaffnete, maskierte Räuber überfielen in der vergangenen Nacht die Stationskasse des Bahnhofs Cateau bei Kaiserwerth und zwangen die beiden anwesenden Beamten, ihnen die Kasse herauszugeben. Der Kassenbestand betrug nur 32 Mark. Zwei der Räuber wurden bereits eine Stunde später in Unterrath nach einem kurzen Feuergefecht von einem Streifenkommando der Reichsbahn festgenommen, während der dritte, ein kürzlich aus dem Zuchthaus entlassener Verbrecher, in der Dunkelheit entkam.

## Der Tod eines Privatdozenten.

Beim Experimentieren getötet.

Köln, 15. August.

In dem Laboratorium der Maschinenbauakademie verunglückte ein Privatdozent bei Vorführungen tödlich. Er hatte versehentlich elektrischen Strom eingeschaltet und war mit ihm in Verbindung gekommen. Der Unglücksfall ereignete sich in Gegenwart seiner Hörer.

## 43 1/2 Stunden geschwommen.

Ein Rekord Kemmerichs.

Danzig, 15. August.

Der am Montag um 3 Uhr morgens von Pillau nach Sopot gestartete Dauerschwimmer Kemmerich ist heute abend 10 Uhr 15 Minuten im Sopotter Nordbad nach über 43 1/2 stündiger Schwimmzeit eingetroffen. Kemmerich wurde von der auf dem See siege versammelten zahlreichen Menschenmenge begeistert begrüßt. Er machte einen ziemlich ermatteten Eindruck.

Jugendweibe Charlottenburg Die Herbstjugendweibe findet am Sonntag, dem 17. September, nachmittags 11 Uhr, im Staatlichen Schiller-Theater, Grolman-Edle-Bismarckstraße, statt. Der Vorbereitungsunterricht beginnt am Donnerstag, dem 22. August, 16-18 Uhr (4-6 Uhr) in der weiblichen Schule, Behlplatz 40 (zwischen Silberhölzer und Kaiser-Friedrichstraße) und wiederholt sich wöchentlich um dieselbe Zeit. Der Unterricht wird durch Genossen Lehrer Jilian erteilt. Anmeldungen in kindlichen Vorwärts-Expeditionen, Kommandanturstraße und in der Unterrichtsstunden-Einschreibebüchse 30 G.

Berichtsbildungsausschuss Groß-Berlin. Sternmarie Trebbin Karten zum erwähnten Ziele sind im Bureau des Bezirksausschusses für sozialistische Führungsbereitschaft Berlin, SP. 68, Emdenstraße 8, 2. Hof, 2. Etz. Zimmer 8, zu haben, und zwar: Vortrag statt 1 M., 60 Pf., Beobachtung mit dem großen Fernrohr statt 1 M., nur 60 Pf., Museum statt 50 Pf., nur 30 Pf.

Kenner sehn's von weitem schon, lockres Haar durch **Picavon**







## Der Kamerad seines Vaters.

3) Von Henry Lawson, Sydney.

(Schluß.)

„Du wirst — why — einmal ein sehr kräftiger Mann sein, Isley.“ meinte jetzt Bob, den Kübel anpassend.

„Oh, ich vermag schon bedeutend mehr heraufzumenden, als mir der Vater in den Kübel hineinwirft. Da schau mal her, wie ich die Kurbel eingesetzt habe! Das geht jetzt ganz anders!“ und der Knabe ließ jetzt die Kurbel ein wenig laufen, um seine Behauptung zu bekräftigen.

„Und wie heißt du denn eigentlich Isley, mein Junge?“ fragte jetzt Bob, als sie sich wieder niedergesetzt hatten. „Das ist doch gar nicht dein wirklicher Name?“

„Nein, ich heiße wirklich Harry. Aber ein Goldgräber sagte da einmal, daß ich für Vater und Mutter eine Insel im Ozean gewesen sei. Und da nannten sie mich dann Isle (Isle englisch die Insel — Krum. d. Ueberf.) und später Isley.“

„Du hastest doch — why — früher einmal einen Bruder gehabt, ist es nicht so?“

„Ja, aber bevor ich noch auf der Welt war. Er ist gestorben, oder wenigstens sagte die Mutter, daß sie nicht wisse, ob er tot sei; aber der Vater sagte, daß er für ihn gestorben sei.“

„Und dein Vater hatte ja auch einen Bruder. Hast du — why — je etwas über ihn gehört?“

„Ja, einmal hörte ich, wie Vater darüber mit der Mutter sprach. Ich glaube, daß Vaters Bruder in irgendeinen Handel verwickelt wurde, in einem Wirtshaus, wo ein Mann getötet worden ist.“

„Und jag mal — why — hatte ihn dein Vater — liebgehabt?“

„Ich hörte den Vater sagen, daß er ihn einmal sehr lieb hatte, aber daß alles vorüber sei.“

Tom rauchte wieder ein Weilschen ruhig und schien seine Aufmerksamkeit den frühen Vögeln zu widmen, die wie ein Begräbniszug nach Westen hergezogen kamen. Dann murmelte er etwas halb-laut vor sich hin, das etwa klang wie ein: „Alles, alles — why — geht einmal vorüber.“

„He?“ fragte Isley.

„Oh, nichts — why — nichts ist los.“ antwortete Bob, sich erhebend. „Ist das eine Zeitung in der Rocktasche deines Vaters, Isley?“

„Ja.“ sprach der Knabe, sie hervorziehend.

Bob nahm das Papier und tat so, als ob er einen Augenblick angespannt auf die Zeitung starren würde.

„Da steht etwas über neue Goldfelder.“ sprach jetzt Bob, mit seinem Finger auf das Inserat eines Schneiders deutend. „Ich möchte, daß du es mir vorlesest, Isley: Ich kann den kleinen Druck, den man heutzutage verwendet, nicht gut lesen.“

„Aber das ist ja gar nicht wahr, daß so etwas hier steht.“ sprach der Knabe, die Zeitung in die Hand nehmend, „hier steht doch, daß —“

„Isley!“

„Halt mal die Zeitung, Bob, der Vater will etwas von mir!“ Der Knabe rannte zum Schacht, wusch seine Hände und Stiefel gegen den Baum der Winde und beugte sich herab, um zu hören, was ihm der Vater gebot.

Ohne vorher natürlich irgendein Warnungssignal zu geben, begann sich der treulose Windenbaum zu drehen . . . und ein kleiner Körper prallte einigemal hintereinander an den Seiten der Schachtmünde an und fiel dann zu Majons Füßen in die Tiefe herab, wo er regungslos liegen blieb!

„Majon!“

„He?“

„Leg ihn in den Kübel und binde ihn mit deinem Gürtel am Seile fest!“

Ein paar Augenblicke vergingen.

„Fertig, Bob!“

Bob's vor Aufregung zitternde Hände waren kaum imstande, die Winde anzupacken, doch er brachte es endlich doch zuwege und leierte den Knaben herauf.

Und jetzt kam die Gestalt des Kindes zum Vorschein, ganz bewegungslos und mit Wehm und Wasser bedeckt. Bob kluterte die Stiegen, die seitwärts zum Schachte führten, heran und band den Knaben sanft los. Dann legte er ihn unter die jungen Bäume ins Gras, wusch das Lehm und das Blut von des Knaben Stirne ab und besprengte ihn mit ein wenig schmutzigem Wasser.

Isley ließ ein schweres Köpfeln vernehmen und schlug die Augen auf.

„Bist du — why — schwer verwundet, Isley?“ fragte Bob jetzt.

„Das Genid — Genid — hab ich gebrochen, Bob!“

„Es wird nicht so arg sein, alter Freund.“

„Wo ist der Vater?“

„Er steigt schon herauf!“

„Er war wieder ein klein Weilschen stille und dann —“

„Vater! Vater! Komm rasch, Vater!“

Majon kam endlich ans Tageslicht heraufgestiegen und warf sich kniend zur Seite des Knaben auf die Erde.

„Ich will — will — why — ein bißchen Brantwein rasch holen.“ meinte Bob.

„Es ist nicht mehr notwendig.“ sagte Isley, „es ist alles schon vorüber.“

„Geht es dir besser, Kindchen?“

„Nein, ich sterbe, Bob!“

„Sprich doch nicht so.“ schloß Bob.

Wiederum eine kurze Ruhepause und dann zuckte der Körper des Kleinen zweimal qualvoll zusammen. Doch es ging bald vorüber. Er lag noch ein Weilschen ruhig und sagte dann leise:

„Wiedersehen, Bob!“

Bob versuchte vergeblich, ein Wort herauszubringen. „Isley!“, rief er endlich.

Das Büchlein drehte sich um und streckte seine Hände dem schweigenden Manne mit den versteinerten Zügen auf der anderen Seite entgegen.

„Vater — Vater, es ist das Ende!“

Ein herzerschütterndes Schluchzen kam von den Lippen Majons, und dann war alles wieder ruhig.

Bob hatte sich seines Hutes entledigt, um sich die Stirne abzutrocknen, und obgleich sein Gesicht doch so verunstaltet war, hätte es plötzlich eine ganz merkwürdige Ähnlichkeit mit dem versteinerten Antlitz des ihm gegenüber befindlichen Mannes.

Einen Augenblick lang starrten sie einander quer über den Leichnam des Kindes an und dann sagte Bob milde:

„Er hat nie etwas darüber erfahren!“

„Was liegt mir denn an dem alten?“ fuhr Majon wild auf

und indem er sein totes Kind auf die Schultern lud, begab er sich gegen seine Behausung zu.

Es war eine sehr traurige, kleine Menschenansammlung, die sich am nächsten Morgen vor Majons Hütte versammelt. Martins Frau war bereits seit dem frühen Morgen drinnen und räumte auf, und tat, was notwendig war. Eine andere Frau hatte ihres Gatten einziges weißes Hemd zertrümmert, um ein Leichentuch für den Knaben daraus zu verfertigen. Andere hatten den kleinen Körper gewaschen, und er nahm sich sehr schön in dieser armseligen, kleinen Hütte aus.

Die Goldgräber nahmen einer nach dem anderen ihre Hütte ab und traten gebückt zur niedrigen Tür herein. Majon sah schweigend, den Kopf in die Hände gestützt, auf seiner Schloßbank und blühte die eintretenden Menschen mit einem ganz fremden, geistesabwesenden Gesichtsausdruck an.

Bob hatte das ganze Goldgräberlager durchschweifend, um Breiter für den kleinen Sarg aufzutreiben.

„Es ist das letzte — letzte — was ich noch — why — für ihn tun kann.“ murmelte er.

Noch erfolglosem Bemühen kam er endlich ganz verzweifelt zu Frau Martin. Die Frau ging mit ihm in die Küche und zeigte auf einen breiten Tisch aus Föhrenholz, auf den sie sehr stolz war.

„Brich den Tisch in Stücke!“ sagte sie.

Sie nahm ein paar Sachen, die auf dem Tische lagen, herunter und nachdem Bob den Tisch umgedreht hatte, begann er die Platte herunterzunehmen.

Als er mit seiner Arbeit fertig war, meinte eine der Goldgräberfrauen, daß der Sarg so zu fahl aussehe. Sie zerriß ihr schwarzes Kleid und Bob nagelte den Stoff über den Sargdeckel.

In der ganzen Gegend war nur ein einziges Fuhrwerk aufzutreiben, und dies war Bai Martins alter Karren. Um zwei Uhr nachmittags also spannte Martin seinen alten „Dublin“ mit den verschiedenen Resten eines Gespürs und einer Menge alter Stricke in die Wagendachsel ein, und dann zog Dublin das armselige Gespann bis vor Majons Hütte.

Man trug den kleinen Sarg heraus, und zwei alte Brantwein-tischen wurden zu beiden Seiten des Sarges aufgestellt, um Frau Martin und Frau Grimshaw als Sitze zu dienen, die nun während eines erdrückenden Schweigens darauf Platz nahmen.

Bai Martin langte nach seiner Weife, aber besann sich plötzlich und stieg auf die Weife. Majon verschloß die Türe seiner Hütte mit einem Vorhängeschloß. Ein paar Weifschenhiebe in die Weichen erweckten „Dublin“ aus seinen Träumereien. Den Kopf nach links, dann wieder nach rechts neigend, setzte er sich in Bewegung, und bald verschwand der kleine Begräbniszug auf der Landstraße, die zur „Stadt“ und ihrem Friedhofe führte, den Blicken.

Sechs Monate später trat Bob Samlins eine kurze Reise an und kehrte dann mit einem großen, häßlichen jungen Mann zurück. Es war schon nach Sonnenuntergang, als beide zu Majons Behausung schritten. In der Hütte war ein Licht angezündet, doch als Bob anklopfte, erhielt er keinerlei Antwort.

„Tritt nur ein und hab keine Angst.“ sprach er zu seinem Begleiter.

Der Fremde stieß die Türe auf und blieb dachhauptig im Tür-eingange stehen.

Ein Kessel brodelte unbeachtet am Feuer. Majon sah beim Tische, den Kopf hatte er in seinen Händen vergraben.

„Vater!“

Niemand gab ihm eine Antwort, doch im Schilde des flackernden Feuers schien es dem Fremden, als ob er Majon ungeduldig mit der Achsel zucken gesehen hätte.

Der Fremde verharrete ein Weilschen voller Ungebuld auf seinem Platze, dann schritt er an den Tisch heran, legte seine Hand milde auf Majons Arm und sprach dann leise:

„Vater, brauchst du einen anderen Kameraden?“

Doch der Schläfer brauchte schon keinen — wenigstens keinen mehr für diese Welt.

(Erechtlige Uebersetzung von S. Reismanu.)

## Von der Heidenbefeuerung bei den Estimos.

Von Bithjalmur Stefansson.

Das Christentum, wie es sich im Geiste des Sendboten spiegelt, ist dem Estimo ebenso unverständlich wie unsere politischen, wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Begriffe. Daher waren die ersten Erfolge sehr bescheiden. Als ich 1906/07 am Roderziesfluß weilte, waren die Missionare schon zehn Jahre dort gewesen, ohne einen einzigen Menschen zu bekehren. Im September 1907 waren die Leute noch Heiden; als ich im Juni 1908 zurückkam, waren sie bis auf den letzte Mann bekehrt.

Ich weiß nicht sicher, wo es in Alaska anfing, aber ich glaube, es war am Roderziesfluß. Nach der Bekehrung entwickelte sich ein „estimisiertes Christentum“, das heißt eine dem Estimo verständliche Fremdreligion. Das wahre Christentum machte gar keine Fortschritte, aber in seiner neuen Gestalt verbreitete es sich wie die Pest. Im Oktober 1908 fand ich am Colvillefluß lauter Christen, obgleich noch kein europäischer Sendling dorthin vorgebrungen war. Wie erkaunte ich, als mein Hausmutter am Colville mir ein Waschbecken nebst Handtuch vorsetzte und ein langes Gebet darüber sprach, um, wie er sagte, das Wasser für mich gebrauchsfertig zu machen. Meiner Gewohnheit gemäß lehnte ich Becken und Handtuch ab, trotzdem sie geweiht waren. Ich sagte meinem Birt, daß mir ein gekochtes Handtuch lieber sei, als ein noch so schön geweihtes. Bei den zimifertigen Estimos muß man sich vor den durch die Weichen eingeschleppten Haut- und Augenkrankheiten hüten, zu deren Hauptverbreitern das Handtuch gehört.

Nachdem meine Estimobegleiter das neue Tabu anerkannt und sich gewaschen hatten, wurde über Waschbecken und Handtuch nochmals gebetet. Vor dem Essen kam ein endloses Tischgebet, dem ein Extragebet über den Teetassen folgte. Ganz am Schluß gab es natürlich ein Danksgebet. Mein Gastgeber erklärte mir, daß alle diese neuen Gebrauche und Gebete über die Berge vom Roderziesfluß gekommen seien. Der Ueberbringer beherrschte die Lehre vollkommen und besahe einen reichen Schatz wirksamer Gebete.

Zu den besten und nützlichsten dieser Gebete gehörte eines um Rentiere. Nach der ersten Anwendung hätten sie so viele Rentiers erlegt, daß sie nicht wußten, wohin damit. Das war vor drei Jahren. Beim nächsten Mal wirkte es weniger gut, und in diesem Jahr war es völlig verpufft. Daraus schlossen meine Estimofreunde, daß christliche Gebete sich mit der Zeit abmühen, genau wie Werkzeuge oder Gewehre. Da die Zauberprüche der Estimoreligion um so höher geschätzt werden, je älter sie sind, wird man wohl den naheliegenden Vergleich zwischen den eingeführten Gebeten und den eingeführten Schundwaren gezogen haben. Daher erkundigte sich unser Gastgeber, ob wir nicht frische Ware vom Roderziesfluß mitgebracht hätten, wo ein besonders kräftiger Missionar wohnen solle. Ratlos und ich konnten nicht dienen, aber Alpel behauptete, etwas recht Gutes zu haben. Von diesem Augenblick an war Alpel ein gefeierter Mann, während man uns kaum noch beachtete.

Als ich im Winter 1908-09 am Kap Smythe weilte, traf eines Sonntags ein Mann mit seiner Frau und einem gut genährten Hundegespann ein. Der Schütten war mit frischen Rentierfellen und Sehnen besaden. Die zum Rohen dienenden Sehnen sind in Nordasien sehr teuer. Das Ehepaar kam von einer erfolgreichen Jagd am oberen Colvillefluß. Unwählich stellte sich heraus, daß des Mannes Schwester mit ihrem Mann ebenfalls dabelgewesen waren, aber kein Jagdglück gehabt hatten, so daß sie den Rückweg ohne Fleisch antreten mußten. Nun gab unser Ehepaar zwar den beiden anderen von seinem Fleisch, aber nicht deren Hunde, die zu Gerippen abmogerten und daher beim ersten Schneesturm erfroren. Nun konnten Schwester und Schwager nicht mehr weiter. Sie wurden 60 Kilometer vor Kap Smythe im Stich gelassen.

Gerade wollte eine Rettungsgesellschaft aufbrechen, als jemand aus den unmittelbar bevorstehenden Sabbat aufmerksam machte. Es ist in der Rittersnacht zwischen Sonntag und Montag brach man auf. Inzwischen hatten die Winde jedoch alle Spuren verwischt, und die Reiter kehrten nach zwei Tagen erfolglos zurück. Die Europäer hatten leider auch nichts tun können, weil ihnen die Sache erst am Sonntag abend zu Ohren kam. Später stellte sich heraus, daß die Bemühten sich mit knapper Not in ein bemohntes Haus gerettet hatten.

Nach einigen Monaten traf ich den Mann, der die beiden im Stich gelassen hatte, bei einem befreundeten Estimo namens Kuna-

grof. Hier in diesem Dorf sprach der Held die Tischgebete und spielte die führende Rolle in allen religiösen Angelegenheiten. Auf mein Befragen sagte er mir, daß er schon seit zehn Jahren Christ sei. In dieser Zeit hatte er keine Mahlzeit ohne Gebet vorbegehen lassen, niemals am Sonntag gearbeitet und alle zehn Gebote eingehalten. Ich fragte dann, ob ihm nicht bekannt sei, daß man Hungernde nicht ihrem Schicksal überlassen dürfe. Nein, von diesem Gebot habe er nie etwas gehört, was vielleicht davon komme, daß sein Christentum vom Roderziesfluß stamme und daß er niemals von einem weißen Geistlichen unterrichtet worden sei. Er war augenscheinlich hocherfreut, wieder ein neues Gebot gelernt zu haben und versprach mir, daß so etwas nun nicht wieder vorkommen werde.

Die Umwandlungsformen des Christentums im Geist des Estimos erfuhr ich natürlich zum größten Teil von „Zimiferten“, wie beispielsweise von meinem Begleiter Klavinirt, der fast 20 Jahre in den Diensten der Weichen gestanden hatte, obgleich er sich erst seit vier Jahren zum Christentum bekannte.

Im Sommer 1911 berichtete mir Klavinirt allerlei von den Estimos der Baillie-Inseln. Sie erhielten damals Kunde vom Roderziesfluß, Gott habe gesagt, daß man die Sonne nicht anschauen dürfe. Der Ursprung dieses Gerüchtes bleibt im Dunkel. Vielleicht hatten die Leute etwas vom Sonnengott gehört, den die abtrünnigen Israeliten anbeteten. Es ist möglich, daß der Prediger seine Gemeinde ermahnt hat, die Sonne trotz ihrer Macht und Wärme nicht als Gottheit zu betrachten.“ Klavinirt hielt diese Form des Gebotes für übertrieben und erklärte den Baillieleuten, daß Gott vermutlich nur das beharrliche Anstarren verboten habe und nicht gelegentliches Hinschauen.

Klavinirt hatte sich oft gewundert, warum das Mamut ausgestorben sei. Schließlich kam ihm die Erleuchtung vom Missionar der Heischelinsel. Als Gott eines Tages sah, wie böse die Menschen waren, wollte er sie alleamt erlösen. Nur den guten Nooh und die Tiere gedachte er leben zu lassen. Als alle Tiere in der Arche verladen waren, weigerien sich die Mammuts. Sie meinten, es würde mit der Flut nicht weit her sein, und meint auch, dann wären ihre Weine lang genug, um den Kopf über Wasser zu halten. Da wurde Gott sehr zornig und ließ die Mammuts ertrinken, während die Rentiere, Wölfe und Füchse gerettet wurden.

Anderson gegenüber sprach Klavinirt einst sein Bedauern aus, daß Jesus so jung ermordet worden sei. „Ja, es ist sehr schade, denn der Missionar hat erzählt, daß Christus zu allen Wörtern der Erde gekommen ist. Aber zu den Estimos ist er nie gekommen. Wahrscheinlich hat er zuerst die andern Länder besucht und wurde erschlagen, ehe er zu den Estimos gelangte.“

Sowohl die Ausführungen des bekannten Vorlarforschers Bithjalmur Stefansson, die mir mit Genehmigung des F. W. Brockhaus Verlages Leipzig, dem Buche „Geheimnis der Estimos“ entnommen.

## Der größte Elektromagnet der Erde.

Den größten Elektromagneten zu besitzen, kann sich die französische Akademie der Wissenschaften rühmen. Sie hat ihn auf Kosten einer Nationalspende in Saint-Duen herstellen und im Nationshof für Forschungen und Erfindungen in Bellevue aufstellen lassen. Elektromagnete als von Drahtspulen umwundene Eisenkerne kennt man ja von den elektrischen Klingeln her. Die Gelehrten brauchen für ihre Forschungen über den Einfluß des Magnetismus auf die Wärme- und elektrische Leitfähigkeit, Kristallstruktur, Lichtstrahlen und Radioaktivität sehr starke Kraftfelder und dieser Magnet hat die ganz ungeheure Stärke von 46 400 Gauß. In mächtigen Rahmen sind die gegeneinander verschobenen Spulen gelagert, auf denen fünfzehn Kilometer Draht im Gewicht von 8000 Kilogramm aufgewickelt sind. Im Hohlraum von 89 Zentimeter Durchmesser die zylindrischen Eisenkerne, die sich am Ende kegelförmig bis auf 3 Millimeter Durchmesser verjüngen. Der Stromverbrauch beträgt 100 Kilowatt, das Gewicht 120 Tonnen wie das einer riesigen Lokomotive. Davon entfallen 105 auf Eisen, 9 auf Kupfer, 6 auf andere Metalle, z. B. Kobalt, das zur leichteren Magnetisierbarkeit des Eisens mit diesem legiert wird. Der Mantel um die Magnete wiegt allein 50 Tonnen, die Kerne 7 Tonnen.

# Standardisierung in der Landwirtschaft.

## Qualität steigert den Verbrauch.

Trotz vielfacher Widerstände aus verschiedenen Kreisen, besonders dem Zwischenhandel, ist die Standardisierungsbewegung der deutschen Landwirtschaft gut vorwärts gekommen. Der Anfang wurde durch spezielle Kontrollmaßnahmen der Molkereien in Schleswig-Holstein eingeleitet, die durch die drückende Konkurrenz des benachbarten Dänemark gezwungen waren, zu besonderen Maßnahmen zu greifen, um die steigende Einfuhr von dänischer Butter zurückzudrängen.

### Die Markenbutter.

Aus den Kontrollmaßnahmen heraus entstand das System der Buttermarkierung mittels einer registrierten Marke. Man erzielte, daß das Vorhandensein der Marke dem Händler wie dem Konsumenten einen bestimmten Standard verbürgte, wodurch der Absatz wesentlich gehoben werden konnte. Eine Buttermarke wurde vor kurzem im Freistaat Baden unter Kontrolle der dortigen staatlichen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt neu eingeführt. Für Bayern und Württemberg steht die Einführung durch den neu gegründeten Buttermarkenverband der Allgäuer Butter- und Käsebörsen unmittelbar bevor. Entsprechend den Richtlinien des Deutschen Landwirtschaftsvereins darf die Butter des einzelnen Produzenten erst dann markiert werden, wenn sie ein ganzes Jahr lang täglich auf ihren Fett- und Wassergehalt untersucht worden ist und immer den Anforderungen entspricht. In den Kreisen der landwirtschaftlichen Genossenschaften rechnet man damit, daß die allgemeine Einführung der Buttermarke im gesamten Reich immerhin noch einige Jahre erfordern dürfte.

### Deutsches Frischel.

Erblich weiter sind die Standardisierungsbestrebungen schon bei der Eierverwertung fortgeschritten. Der vom Deutschen Landwirtschaftsrat entworfene Stempel „Deutsches Frischel“ wird bereits in Kürze vom Parlament registriert werden. Dank des Zusammenwirkens aller landwirtschaftlichen Genossenschaften sind die Vorarbeiten nunmehr soweit gediehen, daß die Standardisierung unmittelbar nach der Registrierung in Angriff genommen werden kann. In Preußen sind provinziell gegliederte Eierverwertungs-genossenschaften schon in der Bildung begriffen, die auf dem Unterbau der bereits zum großen Teil organisierten Eierdistrikts-genossenschaften arbeiten werden.

Die Eiergenossenschaften werden den so notwendigen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hinsichtlich der überschüssigen Eiproduktion vornehmen. Dies geschieht in der Weise, daß die Distrikts-genossenschaften die nicht abgesetzten Mengen bei der Eierverwertungs-genossenschaft anmelden, von wo aus sie nach den Gegenden geschickt werden, die Bedarf angemeldet haben. Gleichzeitig werden Vorrichtungen für die Konservierung der standardisierten Eier getroffen, so daß das ganze Jahr hindurch gleichmäßig geliefert werden kann, wodurch die saisonmäßigen Preischwankungen vermieden werden.

### Ausländische Standardbestimmungen.

Das dänische Landwirtschaftsministerium hat durch eine neue Verordnung vom Juni dieses Jahres die Standardisierung der Eier auf neue Grundlagen gestellt. Es müssen jetzt immer be-

stimmte Bezeichnungen verwendet werden, und die Eier müssen ein bestimmtes Sortiergewicht haben. Eier zweiter Qualität dürfen überhaupt nicht mehr ausgeführt werden. Die Durchführung der Verordnung wird von einer besonderen Kontrollkommission überwacht. In ähnlicher Weise hat Polen ab 1. Juli dieses Jahres für Ausfuhrzwecke Standardisierungsvorschriften erlassen. Die Exporteure müssen Bescheinigungen ihrer Berufsverbände vorlegen, um zur Ausfuhr zugelassen zu werden.

### Getreide-Standardmarken.

Die Arbeiten zur Standardisierung des Getreides können jetzt als abgeschlossen gelten, da über die einzelnen Standards zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Landwirtschaft und der Mühlenindustrie Einstimmigkeit erzielt worden ist. Durch die Standardisierung wird einmal der Handel mit Getreide wesentlich erleichtert, dann aber auch die Züchtung von Qualitätsorten sehr gefördert. Für die Mühlenindustrie ist die Standardisierung deshalb besonders wichtig, weil immer bestimmtes Qualitätsgetreide mit genau bekannten Eigenschaften vermahlen werden kann.

Die Einführung der Standardmarken wird im Laufe der nächsten Monate erfolgen, und zwar zuerst bei den landwirtschaftlichen Großbetrieben. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften befaßen sich aber bereits mit Vorbereitungen zur Einführung in den landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben. Hinsichtlich der Standardisierung des Getreides steht Deutschland an erster Stelle, da die Versuche in anderen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, trotz jahrelanger Arbeit bisher keine positiven Ergebnisse erzielen konnten.

### Auch Kartoffeln werden markiert.

Seit einiger Zeit sind die Vorarbeiten zur Standardisierung für die Kartoffelzucht aufgenommen worden. Die Landwirtschaftskammer Hannover hat in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Landwirtschaft die Typen „Hannoversche Markenkartoffel“ aufgestellt und eingeführt. Für Speisekartoffeln bestimmter Qualitäten gibt die Kammer eine eigene geschützte Kartoffelmarke aus. Sie verleiht ferner das Recht, die hannoversche Kartoffelmarke zu führen und Speisekartoffeln unter dieser Marke in den Handel zu bringen. Die Uebervachung wird durch Beauftragte der Kammer laufend ausgeübt. Die neuen standardisierten Kartoffeln sollen im wesentlichen der Befriedigung des westdeutschen Absatzgebietes dienen und die dort immer stärker werdende holländische und belgische Konkurrenz zurückdrängen.

Die Standardisierung für Röhre befindet sich noch gänzlich im Anfangsstadium. Man steht im Begriff, die Vorbedingung zu schaffen durch Gründung von besonderen Lagerhäusern für einzelne Wirtschaftsgebiete wie vor kurzem in Königsberg. Dänemark hat den Röhre bereits standardisiert; Italien ist im Begriff, dasselbe mit Hilfe staatlicher Förderung zu tun.

Die Auswirkungen der Standardisierungsmaßnahmen der deutschen Landwirtschaft werden sich erst nach und nach bemerkbar machen. Es darf aber schon jetzt gesagt werden, daß sie geeignet sind, den Ruf der Produkte der deutschen Landwirtschaft wesentlich zu verbessern und dadurch eine Absatzsteigerung sowie größere Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe herbeizuführen. W. S.

wirtschaftliche teilweise zum Stillstand gekommen. Die Meldungen aus den Landesarbeitsämtern lauten ungleich. Im Bergbau war die Lage, abgesehen vom Ruhrbergbau, un verändert günstig, besonders hat im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Nachfrage nach Abraumarbeitern und Förderleuten in der Berichtswache angehalten. Auch die Kaliindustrie stellte weitere Arbeitskräfte ein. In der Metall- und Maschinenindustrie ist eine weitere Abschwächung eingetreten, desgleichen in der optischen Industrie. Dagegen lauten die Meldungen aus der Elektro- und chemischen Industrie weiterhin befriedigend.

**Keine Glendindustrie, aber Glendlöhne.** Nach dem soeben veröffentlichten Verwaltungsbericht der Tabakberufsgenossenschaft vom Jahre 1927 entfällt auf die Zigarettenindustrie eine Lohnsumme von 43,75 Millionen Mark, auf die Zigarrenindustrie von 101,93 Millionen Mark. Auf den Kopf der Belegschaft berechnet entfällt bei der Zigarettenindustrie ein jährlicher Durchschnittslohn von 1858 M., bei der Zigarrenindustrie 986 M. (!) und bei der Rauchtabakindustrie von 1452 M. — Mit durchschnittlich 150 M. im Monat sind die Löhne in der Zigarettenindustrie schon als äußerst gering zu bezeichnen. Aber diese niedrigen Lohnsätze liegen noch fast 100 Proz. über den Löhnen der Zigarrenarbeiter. Diese triffen heute mit rund 80 M. durchschnittlichen Monatslohn ein elendes Paradies. Diese erschütternden Lohnzahlen geminnen erst ihre wahre Bedeutung, wenn man die hohen Dividenden ansieht, die eine große Anzahl führender Zigarettenfabriken im letzten Jahre ihren Aktionären zahlen konnte. Diese großzügigen Lohnverhältnisse sind aber in der Zigarettenindustrie nur dadurch möglich, daß die Arbeiterkraft, durch die Heimarbeit zersplittert, zum großen Teil noch nicht den Weg zu ihrer Organisation gefunden hat, die erst bei einem starken Rückhalt an ihren Mitgliedern eine grundlegende Besserung der Verhältnisse erkämpfen kann.

**Auch Chrysler-Dodge will in Deutschland Autos montieren.** Der erst kürzlich durch eine Fusion zustande gekommene amerikanische Automobilkonzern von Chrysler-Dodge nimmt jetzt nach Ford und General-Motors die dritte Stelle in der amerikanischen Automobilproduktion ein. Der Konzern, der mit einem Betriebskapital von rund 320 Millionen Mark arbeitet, beabsichtigt, schon in nächster Zeit auch in Deutschland Montagewerkstätten nach dem Muster der General-Motors zu errichten. Der Gesamtexport der beiden verhandelten Gesellschaften wurde im letzten Jahr auf rund 300 Millionen Mark geschätzt. In den amerikanischen Betrieben werden etwa 35 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

**Tagung des Groß- und Ueberseehandels in München.** Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels wird seine diesjährige Jahresversammlung am 20. und 21. September in München abhalten. Es sind Referate des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, Konsul Günprecht-Hamburg, Ravens-Berlin und Professor Schumpeter-Bonn vorgesehen. — Die Tagung ist als Kundgebung gegen das Vordringen der öffentlichen Hand und für die Erhaltung der privaten Initiative gedacht. Ueber „Individualismus oder gebundene Wirtschaft“ wird Prof. Schumpeter sprechen. Die nächste Tagung findet erst im Jahre 1930 statt.

**Ergebnisse der Schweinezählung 1928.** Die Statistische Korrespondenz des Preussischen Landesamtes veröffentlicht interessante Einzelergebnisse über die Schweinezählung vom Juni 1928. Obwohl der gegenwärtige Schweinebestand in Preußen um rund 1/4 Millionen oder 10,2 Proz. kleiner ist als 1914, beträgt der Rückgang der Schweinehaltenden Haushaltungen nur 2,93 Proz. Daraus geht hervor, daß sich die Abnahme der Schweine weit mehr aus einer Verminderung der einzelnen Bestände erklärt. Obwohl die Untersuchungen über den Stand der Schweinehaltung gezeigt haben, daß gegenüber 1914 die Gesamtzahl in allen Provinzen, mit Ausnahme von Ober- und Nieder-Sachsen kleiner geworden ist, muß jedoch berücksichtigt werden, daß sich dieser Rückgang in der Hauptsache auf die jüngeren und älteren schlachtreifen Schweine erstreckt. Eine Abnahme im Gesamtbestand ist nur in Schleswig-Holstein, Hannover, der Rheinprovinz, Westfalen und Ostpreußen zu beobachten.

**Die Jahre Arbeit bei der Knorrbremse.** Der große Reparationsauftrag für die Knorrbremse A.-G. Berlin zur Einführung der Westinghouse Luftdruckbremse auf den französischen Bahnen ist jetzt unterzeichnet worden. Die Durchführung dieses Auftrages wird den Betrieben der Knorrbremse auf etwa vier Jahre Beschäftigung geben.

**Leichte Abschwächung des Güterverkehrs.** In der Woche vom 29. 7. bis 4. 8. sind bei der deutschen Reichsbahn (Angaben in 1000 Stück) 902,7 Güterwagen gestellt worden gegen 897,3 in der entsprechenden Woche 1927 und 907,0 in der Vormwoche 1928. Für den Arbeitstag im Durchschnitt berechnet lauten die entsprechenden Ziffern 150,4, 149,6, 151,2.

**Steigender Zementabsatz im Juli.** Wie der Deutsche Zementbund mitteilt, ist der Zementverkauf im Juli auf 777 000 gegen 783 000 Tonnen im Vormonat gestiegen.

## 43 Prozent Umsatzsteigerung.

### Konsumgenossenschaft Berlin blüht.

Das am 1. Juli begonnene 30. Geschäftsjahr der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend zeigt vielversprechende Anfangsergebnisse. Der Monat Juli erbrachte einen Gesamtumsatz von 4 498 361 M.; Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres, der einen Umsatz von 3 128 259,64 M. aufwies, ist eine Umsatzsteigerung von 1 370 101,44 M. gleich 43,7 Proz. festzustellen. Hervorragend beteiligt an dem starken Fortschritt in der genossenschaftlichen Warenvermittlung sind die beiden Gruppen Fleisch- und Gemüsegeschäfte und Warenhäuser, von denen die erste mit 103 Proz., die zweite Gruppe sogar 202 Proz. Umsatzsteigerung aufweist. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied belief sich auf 30,33 M.

Die Zahl der Mitgliederübernahmen überschritt trotz der sommerlichen Ferienzeit, in der die Werbung etwas abflaut, das zweite Tausend. 2085 Familien erklärten ihren Beitritt zur Genossenschaft, wodurch sich der Mitgliederbestand am Ende des Monats auf 148 277 erhöhte.

In der Konsumgenossenschaftlichen Sparkasse gelangten im Laufe des Monats 1 392 935 M. zur Einzahlung. Nach Abzug von 657 056 M. Auszahlungen ergibt sich eine Vermehrung des Spareinlagenbestandes um 735 877 M. auf 25 690 550 M.

## Görlitzer Waggon-Abschluß.

### Fünffacher Reingewinn. 10 Proz. Dividende.

In der gestern abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Waggon- und Maschinenbau-A.-G. Görlitz wurde der Abschluß für das am 30. Juni 1928 beendete Geschäftsjahr vorgelegt. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist nach stark herausgehenden Abschreibungen auf die Anlagen in Höhe von 0,76 Millionen Mark einen Ueberschuß von 1,09 gegen 0,22 Millionen Mark aus. Auf das Aktienkapital von 6 Millionen Mark wird eine Dividende von 10 Proz. ausgeschüttet, während im vorigen Jahre auf das Aktienkapital von nur 2,3 Millionen 8 Proz. gezahlt wurden.

Wie die Verwaltung mitteilt, sind die beiden Werke der Gesellschaft für die nächsten Monate ausreichend beschäftigt. Die Aussichten sind, falls der Auftragseingang der Reichsbahn auch 1929 normal bleibt, als gut zu bezeichnen. — Nach Eingang des Geschäftsberichts kommen wir auf den Abschluß der Gesellschaft noch im einzelnen zurück.

## Schlechtere Arbeitsaussichten.

### Der Ausgleich durch Saisonarbeit läßt nach.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter war in der Woche vom 6. bis 11. August trotz beträchtlicher Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft und des Baugewerbes in einer Reihe von Landesarbeitsämtern die Aufnahmefähigkeit

der Außenberufe nicht mehr stark genug, um den jetzt stärker zutage tretenden Konjunkturückgang in den Konsumindustrien auszugleichen.

Außer im Spinnstoffgewerbe ist in der Hauptsache in der Metall- und Maschinenindustrie — besonders durch die Entlassung auf den Werften — außerdem auch im Holzgewerbe, die Zahl der Arbeitslosen leicht gestiegen. Der Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit, der im vorigen Jahre erst Mitte Oktober mit etwa 650 000 Arbeitsuchenden und 442 000 Hauptunterstützungsempfängern erreicht wurde, scheint in diesem Jahre wesentlich früher und mit etwas höheren Zahlen als 1927 erreicht zu werden.

In der Landwirtschaft ist die Getreideernte in der Berichtswoche voll in Gang gekommen und hat in vielen Bezirken zu einem fühlbaren Arbeitermangel geführt, der nur teilweise durch Ausgleich behoben werden konnte. Im Baugewerbe ist die bisherige Auf-

# Landflucht in Schlesien.

## Was die Statistik erzählt.

In seinem letzten Monatsheft bringt das Breslauer Statistische Amt wichtiges Zahlenmaterial über „Breslau als Umschlagort in der schlesischen Wanderung“, auf das unser Parteiorgan, die „Breslauer Volkswacht“, näher eingeht.

Breslau erscheint in dem Material als der größte Umschlagort der provinziellen Wanderung. In der Zeit von 1875 bis 1910 wurde das Bevölkerungswachstum der Stadt nur zu 36,8 Proz. durch Geburtenüberschuß, dagegen zu 63,2 Proz. durch Wanderungsüberschuß gedeckt. Den Hauptanteil an der Wanderungsbewegung hat die Provinz Schlesien. Die Zahl der Zuwanderung aus anderen Provinzen erscheint demgegenüber gering. Der Wanderungsgewinn aus dem Auslande ist völlig unbedeutend, womit nach der Breslauer „Volkswacht“ deutlich bewiesen wird, daß es sich bei der Wanderungsbewegung um eine Binnenwanderung innerhalb der Provinz und nicht um eine Zuwanderung slawischer Elemente handelt.

Gegen die Behauptung des Landeshauptmanns, daß in die leergewordenen Landgebiete slawische Bevölkerung nachströme, spielt die Breslauer „Volkswacht“ die Tatsache aus, daß in der Zeit von 1871 bis 1910, in der sich die

### städtische Bevölkerung mehr als verdoppelt

habe, die ländliche Bevölkerung 9 Proz. ihres ursprünglichen Standes eingebüßt hat. Mit einer einzigen Ausnahme habe in 21 Landkreisen des Regierungsbezirks Breslau seit 1871 die ländliche Bevölkerung absolut abgenommen. Ein ähnliches Bild sei im Regierungsbezirk Posen zu finden. Der Wanderungsverlust, der in ganz Schlesien von 1881 bis 1910 erfolgt ist, wird dadurch veranschaulicht, daß in ganz Schlesien einer Bevölkerungszunahme von 1,2 Millionen ein Geburtenüberschuß von 1,7 Millionen gegenübersteht, so daß in dieser Zeit ein Wanderungsverlust von rund 490 200 Menschen eingetreten ist.

Am stärksten sind an der Wanderungsbewegung die Hausangehörigen beteiligt, d. h. jene jungen Mädchen, die in die Stadt gegangen sind, um sich dort eine Dienststelle zu besorgen. Die zweite Gruppe ist die der ungelerten Arbeiter, die vom Land kommend als unqualifizierte Arbeitskräfte in der Maschinen- und Holzindustrie Beschäftigung suchen oder dem Gastwirts- und Schankgewerbe bzw. dem Wertehergewerbe zufließen.

Die Angaben des Breslauer Statistischen Amtes belegen daselbe, was der Referent des Preussischen Statistischen Landesamtes, Dr. Goldig, vor einigen Monaten in der Zeitschrift „Heimatsdienst“ für Preußen feststellte und was der Deutsche Wanderer-Verband seit Jahr und Tag behauptet: Die Landbevölkerung

### flieht unaufhaltbar

in die Städte, es findet eine langsame aber sichere Entvölkerung des platten Landes statt.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer sind mit ihrem Urteil über diese erste Frage schnell fertig. Nach ihrer Meinung ist alles nur die Folge zunehmender Bergnützungssucht, schwindender Heimataliebe und ausgeprägter Abenteuerlust. Dagegen spricht schon genügend die Tatsache, daß die Landbevölkerung trotz konstanter Arbeitslosigkeit in den Großstädten und ohne Gewißheit über die Zukunftsaussichten in die Städte abwandert.

Der Großgrundbesitz will es nicht wahr haben, daß die tieferen Hintergründe der Landflucht einzig und allein in den noch immer bestehenden

### mittelalterlichen Verhältnissen

auf dem Lande zu suchen sind. Je eher mit diesen Zuständen aufgeräumt wird und je mehr die Landarbeiter die Ueberzeugung gewinnen, daß sie auch einmal auf eigener Scholle arbeiten können, um so rascher wird auch die Landflucht der Vergangenheit angehören,